Zur Ansiedlung der Deutschbalten im „Warthegau“¹

von

Hans-Erich Volkmann

Die im Zuge der Realisierung des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 durchgeführte Umsiedlung der Deutschbalten hat ein lebhaftes Echo in der zeitgenössischen Publizistik, aber auch in der zeitgeschichtlichen Literatur gefunden. Nimmt man das vielfältige Schrifttum zur Hand, stellt man allerdings mit einigem Erstaunen fest, daß lediglich das erste Kapitel der Umsiedlung, nämlich das über die Aussiedlung, von verschiedenen Ansätzen her geschrieben worden ist. Das zweite Kapitel, das über die Ansiedlung, ist ein Desiderat.

Das ist Anlaß genug, den Spuren der Umsiedler zumindest in einem Teil der ihnen zugewiesenen neuen Heimat, im „Warthegau“, nachzugehen, vor allem aber Aus- und Ansiedlung in den gemeinsamen historischen Rahmen zu spannen, in den sie hineingehören.

Dann stellt sich die Umsiedlung weniger als Rettung deutscher Bevölkerungsteile vor dem Bolschewismus, sondern zum einen als Ausfluß nationalsozialistischer Volkstumspolitik dar, unter dem Motto: „Gemeinsames Blut gehört in ein gemeinsames Reich“; zum andern als die Konsequenz aus dem nationalsozialistischen Lebensraumprogramm, wie es lange vor 1933 formuliert und danach — wo möglich — auch befolgt worden ist. Bereits 1928 schrieb Hitler in seinem sogenannten „Zweiten Buch“: „Deutschland entschließt sich, zu einer klaren weitschauenden Raumpolitik überzugehen. Es wendet sich damit von allen weltindustriellen und welthandelspolitischen Versuchen ab und konzentriert statt dessen all seine Kräfte, um unserem Volk durch die Zuweisung eines genügenden Lebensraumes für die nächsten hundert Jahre auch einen Lebensweg vorzuzeichnen.“² Wo dieser Lebensraum zu suchen und zu finden sein würde, läßt sich in „Mein Kampf“ nachlesen: „Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten.“³ Infolge dieser Politik mußten große Teile Polens ins Deutsche Reich als rassisches Kernland eingegliedert werden, eine Forderung, die der Führer der NSDAP, wiederum in seinem „Zweiten Buch“, in Verbindung mit einer herben Kritik preußischer Polenpolitik aufstellte: „Der völkische Staat durfte . . . unter gar keinen Umständen Polen mit der Absicht annektieren, aus ihnen eines Tages Deutsche machen zu wollen. Er mußte im Gegenteil den Entschluß fassen, entweder diese rassisch fremden Elemente abzukapseln, um nicht das Blut des eigenen Volkes immer wieder zersetzen zu las-

1) Erweiterte Fassung eines Vortrages, gehalten auf der Jahrestagung 1981 der Baltischen Historischen Kommission in Göttingen.

2) Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingel. u. kommentiert von G. L. Weinberg, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Stuttgart 1961, S. 163.

3) A. Hitler: Mein Kampf, München 1933, S. 742.

sen, oder er mußte sie überhaupt kurzer Hand entfernen und den dadurch freigewordenen Grund und Boden den eigenen Volksgenossen überweisen.“⁴

Was Preußen versäumt hatte, gedachte Hitler nachzuholen. 1939 war es soweit. Ende Mai machte er der Wehrmachtführung noch einmal deutlich, worum es ging. Nicht etwa um die vielbeschworene Revision von Versailles. Danzig, so erklärte er, sei nicht das Ziel. „Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung sowie die Lösung des Baltikum-Problems.“⁵ Der somit bereits im Frühjahr 1939 angedeutete Zusammenhang zwischen Umsiedlung und Polenfeldzug wurde nach dessen Abschluß sichtbare Realität. Bevor noch der deutsch-russische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 das Schicksal des polnischen Staates besiegelte, gab Hitler Order, „daß [die] Rückführung Volksdeutscher aus Estland und Lettland sofort in Angriff genommen werden soll[te]“.⁶ Diese Anordnung resultierte aus seiner vor dem Reichstag erklärten Absicht, in den annektierten Ostgebieten „eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“ zu schaffen, „d. h. eine Umsiedlung der Nationalitäten so, daß sich am Abschluß der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist“.⁷

Aus der Kombination von Volkstums- und Lebensraumideologie erklärt sich die nationalsozialistische Politik gegenüber den annektierten Ostgebieten und damit auch der Stellenwert der Ansiedlung des baltischen Deutschtums. „Beim Neuaufbau des wiedergewonnenen Ostens und bei der Raumausweitung des Reiches tritt uns endlich die Siedlung wieder als eine große umfassende Aufgabe entgegen. Sie ist nach dem Willen des Führers unter den leitenden Gesichtspunkt der *Festigung deutschen Volkstums* gestellt.“⁸

Das Dritte Reich gedachte zwar an die Tradition deutscher Siedlungspolitik in den militärisch gewonnenen Ostgebieten anzuknüpfen, brach allerdings mit dem kolonialpolitischen Konzept der Vergangenheit. Es wollte sich nicht mehr damit begnügen, ein überwiegend von Slawen bewohntes Territorium mit einem deutschen Bevölkerungselement zu durchdringen, um nach Möglichkeit eine ökonomische und kulturelle Dominante zu bilden; nationalsozialistische Ostsiedlung verstand sich als radikalste Form der Volkstumspolitik, als konsequente Germanisierung mit dem Ziel der Eliminierung aller „artfremden“ einheimischen Bevölkerung. In der dem

4) Hitlers zweites Buch, S. 81.

5) Bericht über die Besprechung Hitlers in der Reichskanzlei, 23. 5. 1939. Zit. nach H.-A. Jacobsen: 1939—1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Darmstadt 1971, S. 110.

6) St. S. des AA v. Weizsäcker, 27. 9. 1939, an Ribbentrop, Moskau. Zit. nach D. A. Loeber: Diktierte Option, Neumünster 1972, S. 42.

7) Rede Hitlers vor dem Reichstag, 6. 10. 1939. Zit. nach Loeber, S. 80.

8) So Konrad Meyer, Leiter der Hauptabteilung „Planung und Boden“ beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, in: Planung und Aufbau im Osten, hrsg. vom Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Berlin 1941, S. 4.

nationalsozialistischen Regime eigenen Offenheit wurde der Inhalt seiner östlichen Annexionspolitik unmißverständlich der Öffentlichkeit gegenüber artikuliert: „Unsere Aufgabe ist es“, so Heinrich Himmler, „den Osten nicht im alten Sinne zu germanisieren, d. h. den dort wohnenden Menschen deutsche Sprache und deutsche Gesetze beizubringen, sondern dafür zu sorgen, daß im Osten nur Menschen wirklich deutschen, germanischen Blutes wohnen“.⁹

Nach dem Polenfeldzug glaubten die Berliner Machthaber Deutschland erstmals in seiner Geschichte in der Lage, eine planvolle Volkstumspolitik im Osten zu betreiben. Sie sollte sich in zwei Etappen vollziehen: 1. Durch die Rückführung deutscher Volkssplitter aus dem gesamten Ostraum, weil „kein Tropfen wertvollen deutschen Blutes einem fremden Volkstum nutzbar bleiben“ durfte. 2. Durch „die Besiedlung mit Reichsdeutschen aus zu eng besiedelten Gebieten“.¹⁰

Die Geschichte des Landes zwischen Warthe und Weichsel diente den Nationalsozialisten als negatives Beispiel deutscher Ostexpansion. Sie schien zu lehren, daß es im deutschen Interesse ungenügend war, ein Land äußerlich und kulturell zu beherrschen. Ziel mußte vielmehr sein, es „durch kompromißlose volkstumpolitische Maßnahmen zu einem Bollwerk des eigenen Volkstums“ zu machen. Aus dieser Forderung ergaben sich zwei Aufgaben:

- „1. Die reinliche Trennung zwischen deutschem und fremdländischem Blute muß zugeständnislos durchgeführt werden.
2. Eine lückenlose Besiedlung dieses alten deutschen Volks- und Kulturbodens mit deutschen Menschen — und zwar den besten —.“¹¹

Was die Polen anbetraf, so hatte Heydrich vor hohen SS-Führern deren Zukunft bereits ausgemalt: „Die primitiven Polen sind als Wanderarbeiter in den Arbeitsprozeß einzugliedern und werden aus deutschen Gauen allmählich... ausgesiedelt... Der Pole bleibt der ewige Saison- und Wanderarbeiter, sein fester Wohnsitz muß in der Gegend von Krakau liegen.“¹² In die freiwerdenden Plätze, auch in die der jüdischen Bürger Polens, sollten die Deutschbalten als erste Umsiedlergruppe nachrücken. An deren rascher Ansiedlung in den neuen Ostgebieten zeigte sich Berlin aus mehreren Gründen höchst interessiert. Zum einen erhoffte man sich die baldige Sanierung der sogenannten polnischen Wirtschaft und damit eine spürbare Erleichterung der durch Rüstung und Krieg angespannten deutschen Versorgungslage, insbesondere auf dem Agrarsektor. Zum anderen wollte man aus politisch-psychologischen Gründen möglichst unver-

9) In: Deutsche Arbeit 42 (1942), S. 157.

10) Greifelt: Die Festigung Deutschen Volkstums als zentrale Ostaufgabe, in: Reichsverwaltungsblatt 62 (1941), S. 509—514, hier S. 510.

11) Ebenda.

12) Heydrich, 21. 9. 1939, in einer Amtschef- und Einsatzgruppenleiterbesprechung des Reichssicherheitshauptamtes. Zit. nach L. Herbst: Die Mobilmachung der Wirtschaft 1938/39 als Problem des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, in: Die Großmächte und der europäische Krieg, hrsg. von W. Benz und H. Graml, Stuttgart 1979, S. 62—106, hier S. 95.

züglich das den Umsiedlern gegebene Versprechen einlösen, sie in ihren früheren Besitzstand und Beruf wieder einzusetzen. Darüber hinaus barg ein zunächst zwar unabdingbarer, aber zu langer Lageraufenthalt die Gefahr, der für die Betroffenen überraschend gekommenen Umsiedlungsaktion, über deren ganzes Folgenbündel nachzudenken es bislang an Zeit gefehlt hatte, den Schwung zu nehmen, kritische Stimmen dort aufkommen zu lassen, wo unbestreitbar ein gewisses Maß an Euphorie herrschte.

„Führer befehl, wir folgen!“ Mit diesem Gedanken im Herzen und mit diesen Worten auf den Lippen sind die Baltendeutschen dem Rufe des Führers, ins Reich zurückzukehren, gefolgt. Ohne zu zögern und unbedenklich haben siebzigtausend deutsche Menschen sich dazu entschlossen, alles, was ihre bisherige Existenz ausgemacht hatte, von heute auf morgen aufzugeben. . . Sie waren dem Rufe des Führers ohne Bedenken gefolgt, und sie waren ihm freudig gefolgt. Aber es war nicht die fröhlich plätschernde Freude jener, denen unerwartet ein sehnlicher Wunsch in Erfüllung geht; . . . Nein, es war die tiefe und ernste Freude jener, die zu großen und schweren Aufgaben berufen werden, die sich selbst würdig dieser Aufgaben fühlen und fähig, sie zu meistern.“¹³

Es wäre zu undifferenziert argumentiert, wollte man den Deutschbalten lediglich die Sehnsucht nach dem Reich des Führers als Motiv für den raschen Entschluß zur Aufgabe ihrer angestammten Heimat unterstellen. Der Umsiedlungsaufforderung war ja immerhin der Hitler-Stalin-Pakt vorausgegangen, mit dem sich die berechtigte Befürchtung verband, die baltischen Staaten würden über kurz oder lang in den politischen Einflußbereich Moskaus geraten. Die Aussicht, dann unter völlig veränderten gesellschaftspolitischen und ökonomischen Rahmenbedingungen leben zu müssen, unter Umständen unter Bedrohung des Lebens, dürfte den Umsiedlungswillen entscheidend bestimmt haben, wobei die politischen Verhältnisse im Reich den Abschied von Heimat und Besitz sicherlich erleichterten. Es gab aber auch Stimmen, die darauf verwiesen, daß die Deutschbalten allen Widrigkeiten 700 Jahre lang getrotzt hätten und nur der „Ruf des Führers“ Anlaß gebe, diesen „vorgeschobenen Posten des Deutschtums im Osten“ zu verlassen.

Ohne auf eine so schwierige Aufgabe wie die Ansiedlung im geringsten präpariert zu sein, wurde sie mit der dem nationalsozialistischen Regime eigenen Improvisationsfähigkeit im administrativen Bereich in Angriff genommen und gelöst. Dabei galt es, sich bei der Regelung praktischer Probleme stets an einem übergeordneten Prinzip zu orientieren. „Alle Planungsfragen“, so schrieb der zuständige SS-Brigadeführer Greifelt, „haben immer wieder vom Volkstumsgedanken auszugehen und alle raumordnenden Maßnahmen in diese Generallinie einzumünden.“¹⁴

13) H. v. Rimscha: Aufgabe und Leistung der Baltendeutschen, Berlin 1940, S. 4. Solche bislang unter dem Zwang der Verhältnisse, aber auch ohne sichtbare Not abgegebenen Bekundungen lassen sich beispielhaft vermehren: Vgl. u. a.: Baltenbriefe zur Rückkehr ins Reich, Berlin, Leipzig 1940; Der Führer

Unter beiden hier genannten Aspekten erschien es notwendig, ein über den zuständigen Verwaltungseinrichtungen stehendes Organ zu schaffen, das sich des Behördenapparates instrumental bediente. Hitler übertrug bekanntlich am 7. Oktober 1939 diese Funktion Heinrich Himmler in der Stellung als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums. Mit der Koordinierung der Obliegenheiten von Reichsressorts und Behörden betraute Himmler den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Heydrich, der eine Rahmenbehörde installierte, um „die für die Einführung der Volksdeutschen in das Deutsche Reich erforderlichen Erhebungen und Verwaltungsarbeiten in einem möglichst kurzen Arbeitsgang“ zu erledigen.¹⁵ Bereits am 16. Oktober 1939 nahm die Einwandererzentralstelle ihren Dienstbetrieb im jetzt so benannten Gotenhafen (Gdingen) auf, wo sie am 22. Oktober die erste sogenannte Durchschleusung deutschbaltischer „Rückwanderer“, wie sie nun offiziell hießen, vornahm. Das Durchschleusungsverfahren diente der statistischen Erfassung der Umsiedler, die sich in der Regel nach 48 Stunden im Besitz eines Rückkehrerausweises und einer Einbürgerungsurkunde befanden. Auf Grund der Feststellung der in den baltischen Staaten zurückgelassenen Vermögenswerte und der beruflichen Bildung sowie Fähigkeiten erfolgten die Zuweisung des Ansiedlungsortes und die Eingliederung in das Wirtschaftsleben.

Als wichtigstes Ansiedlungskriterium galt jedoch die rassische Substanz. In „Mein Kampf“ hatte Hitler bereits darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, „daß ein Staat die Besiedelung gewonnener Neuländer nicht dem Zufall überläßt, sondern besonderen Normen unterwirft. Eigens gebildete Rassekommissionen haben dem einzelnen das Siedlungsattest auszustellen; dieses aber ist gebunden an eine festzulegende bestimmte rassische Reinheit. So können allmählich Randkolonien begründet werden, deren Bewohner ausschließlich Träger höchster Rassenreinheit und damit höchster Rassentüchtigkeit sind“.¹⁶ Zwar zeigte sich Heydrich überzeugt, dem Reich in den Deutschbalten wertvolles Menschenmaterial zuzuführen, wie aus einem Schreiben an Ribbentrop hervorgeht: „Die kämpferische Aufgabe hat im allgemeinen kämpferische Menschen erzogen, was seinen Ausdruck darin findet, daß der rassische Bestand der baltendeutschen Volksgruppe im Vergleich zu anderen Volksgruppen überdurchschnittlich gut ist.“¹⁷

Dennoch nahm bei der Durchschleusung die gesundheitliche, erbbiologische und rassische Begutachtung der einzelnen Rückwanderer sowie der ganzen Familien einen besonderen Raum ein, mit einem aus nationalsozialistischer Sicht erfolgreichen Ergebnis. Gemessen an einer Vierpunkte-Wertskala von rassisch „sehr gut geeignet“ bis „ungeeignet“ kam

ruft. Erlebnisberichte aus den Tagen der großen Umsiedlung im Osten, zusammengestellt von H. Bosse, Berlin 1941.

14) In: Das Archiv (1940), S. 1323.

15) Abschlußbericht über die Erfassung der Baltendeutschen durch die Einwandererzentralstelle. Bundesarchiv Koblenz (weiterhin zit.: BA), R 69/87.

16) Hitler, Mein Kampf, S. 448—449.

17) Heydrich, 9. 10. 1939, an Ribbentrop. Zit. nach Loeber, S. 123.

das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS zu dem Befund, „daß der rasenbiologische Wert der baltendeutschen Rückwanderer ein sehr guter ist und ein hoher Prozentsatz (65% [bei den Lettland-] und 72% [bei den Estlanddeutschen]) ... für die Ansiedlung im Osten als gut und sehr gut geeignet bezeichnet“ werden könne.¹⁸ Als weniger zufriedenstellend erwies sich die Altersstruktur. Wenn auch die Überalterung auf der einen Seite für die Vitalität der Deutschbalten sprach, so beunruhigte doch der Frauenüberschuß und bei diesem wieder der hohe Anteil alter Menschen. Die Überalterung bildete ein schwieriges Problem, da ein Großteil der alten Menschen aus dem Baltikum ohne ausreichende Versorgung war. Lediglich in Schwetz in Westpreußen konnte ein Altenheim eingerichtet werden, das aber bei weitem den Bedarf nicht zu decken vermochte, während entsprechende Bemühungen im Reichsgau Wartheland erfolglos verliefen.

Die generell niedrige Geburtenzahl entsprach nicht dem nationalsozialistischen Ideal einer kinderreichen Familie, die man gerade im rassischen Grenzbereich für notwendig erachtete. Nachsichtig, doch gleichzeitig unmißverständlich verpflichtend hieß es in einem Artikel des „Deutschen Archivs für Landes- und Volksforschung“: „Aus der Altersschichtung allein läßt sich zweifellos kein Werturteil ableiten. Die angegebenen Ziffern sagen lediglich etwas über die augenblicklichen Verhältnisse aus und lassen über die biologische Kraft noch keinen endgültigen Schluß zu. Die Verhältnisse können sich in einer neuen Umgebung durchaus grundlegend verändern, die Baltendeutschen können jetzt, wo sie nicht mehr als Minderheit im fremden Volkstum leben, zweifellos fruchtbarer werden.“¹⁹

Die Analyse der Berufsstruktur der deutschbaltischen Umsiedler in Relation zur Altreichsbevölkerung ergab eine Verschiebung zugunsten der städtischen Bevölkerung und hier der sozial gehobenen Berufe. Während der Prozentsatz an Handwerkern unter dem des Reiches lag, überwogen hingegen z. B. Architekten und Techniker. Besonders auffallend war jedoch der Vergleich bei den akademischen Berufen. So war z. B. der Anteil der Ärzte bei den Deutschbalten im Vergleich zur reichsdeutschen Bevölkerung sechsmal so hoch, der des Rechtsanwalts siebeneinhalbmal, des Geistlichen achtmal, des Hochschullehrers zehnmal, des Apothekers sogar dreißigmal höher, ein Umstand, der, wie es im Abschlußbericht der Einwandererzentralstelle über die Erfassung der Baltendeutschen heißt, „die kulturelle Bedeutung der deutschen Volksgruppe in den baltischen Randstaaten in ein helles Licht treten“ ließ. Auf Grund dieser Kriterien stellten die Deutschbalten ein ungeheuer wertvolles Siedlerpotential dar. Heydrich hielt deshalb nicht zurück mit seinem überschwänglichen Urteil: „Das Bewußtsein, eine deutsche Aufgabe im Osten zu tragen und bis ins Letzte für sie verantwortlich zu sein, hat in der Volksgruppe aus durchschnittlichen Menschen, wie sie sich in jedem anderen Stamm auch

18) Abschlußbericht über die Erfassung der Baltendeutschen durch die Einwandererzentralstelle. BA, R 69/87.

19) U. Tornau: Alters- und Berufsschichtung der volksdeutschen Umsiedler, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung 5 (1941), S. 113—117.

finden, im allgemeinen überdurchschnittliche Leistungen hervorgebracht. ... Dieses große Aktivum würde endgültig verlorengehen, wenn die Volksgruppe nicht geschlossen zum Einsatz käme, sondern je nach Bedarf in Arbeit vermittelt würde.“²⁰

Aber gerade in der hervorragenden Beurteilung der Lettland- und Estlanddeutschen und in der daraus resultierenden Frage der Art ihrer Ansiedlung und ihres beruflichen Einsatzes lag ein wesentlicher Konfliktstoff zwischen den Umsiedlern und den verantwortlichen Reichsinstitutionen. Korrespondierte doch der den Deutschbalten zuerkannte hohe rassische und kulturell-soziale Stellenwert im Siedlungsprojekt nicht selten mit dem Selbstwertgefühl der „Rückwanderer“, woraus sich ein gewisses Anspruchsdenken ableitete, dies umso mehr, als auch die öffentliche Propaganda — den psychologischen Effekt wohl kalkulierend — nicht müde wurde, den Deutschbalten ihre neue Position im „Warthegau“ als eine besondere und herausgehobene darzustellen: Während sie bisher ein Vorposten des Deutschtums im Ausland gewesen seien, fiel ihnen nun die Rolle zu, wiedergewonnenes und neues deutsches Territorium gegenüber dem Slawentum zu festigen. Aus der Fülle des Schrifttums kann nur exemplarisch belegt werden, was viele Deutschbalten in Selbsteinschätzung ihrer Position im „Warthegau“ dachten und publiziert haben, etwa in dem Sinne: „Heute wird uns die Sendung zuteil, mit unseren kolonialisatorischen Erfahrungen und Fähigkeiten, die deutsche Ostgrenze im Warthegau zu festigen. Der Führer rief — wir folgen ... Wir dürfen stolz und dankbar sein, daß uns Adolf Hitler ausgezeichnet hat, indem er uns als erste Volksdeutsche heimrief. Wir Baltendeutschen, die wir nun bald alle in der neuen Heimat vereinigt sind, wir Deutschen aus Est- und Lettland: wir danken unserem Führer!“²¹

Obwohl das den Deutschbalten zugeschriebene Herrenmenschentum zu den höchsten nationalsozialistischen Tugenden zählte, durfte es in einem totalitären Staat doch nicht einzig von einer Gruppe in Anspruch genommen werden, sondern mußte vielmehr Attribut des gesamten deutschen Volkes sein. Aus diesem Zwiespalt heraus hat es aber nicht an dem Bestreben gefehlt, im Reich bestehende Vorurteile gegenüber den Umsiedlern von höchster Stelle abzubauen. „Eine übernationale Ostideologie, eine Verhaftung in ständischen Formen, soziale Überheblichkeit, ein Nachträumen nach früheren Verhältnissen, Gefahren, die man vielleicht in einem geschlossenen Einsatz der Volksgruppe sehen könnte“, so Heydrich, „sind in der heute führenden Generation, aber auch darüber hinaus, insbesondere durch die Arbeit der nationalsozialistischen Bewegung in den letzten Jahren, als restlos hinfällig zu bezeichnen.“²² Der SS-Führer sprach sich zwar

20) Heydrich, 9. 10. 1939, an Ribbentrop. Zit. nach Loeber, S. 124.

21) A. Kroeger: Die Baltendeutschen. Schicksal und Sendung. Ein historischer Bericht, Gollnow o. J., S. 3.

22) Wie Anm. 20, S. 123.

nicht für eine „Reservation für Baltendeutsche“ aus, meinte aber, „eine für die Zukunft fruchtbare Verwendung der positiven Eigenschaften der Volksgruppe, in erster Linie die Fähigkeit, mit fremdem Volkstum umzugehen, einen Raum deutsch zu gestalten und zu prägen“, sei nur möglich, „wenn der Volksgruppe ein Gebiet zum geschlossenen Einsatz zugewiesen“ werde.²³

Wenn er sich mit dieser Vorstellung auch im großen und ganzen durchsetzte, so entsprach dies doch nicht den Erwartungen und Forderungen der Betroffenen, die ihren Unmut nicht selten ostentativ zur Schau trugen. Schon im Dezember 1939, noch im Lager Wollstein, machte sich Walter Baron Maydell zum Sprachrohr der Enttäuschten, nun selbst in eine Problematik hineingestellt, die ihn vor 1914 als Geschäftsführer der Livländischen Zentralstelle für Umsiedlung deutscher Bauern aus dem Inneren Rußlands nach Livland amtlich beschäftigt hatte. Eine frühere Korrespondenz wieder aufgreifend, schrieb er an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, R. Walther Darré, indem er einige Sorgen äußerte, „über die ich von vielen unter uns habe sprechen hören und die ich auch meinerseits in manchem zu teilen nicht umhin kann“. Er wies auf die Diskrepanz von Versprechen und Wirklichkeit hin und beklagte vor allem den durch die Siedlung bedingten Verlust der baltischen Zusammengehörigkeit. „Es war uns gesagt worden, daß Menschen aus ein und demselben Ort wiederum an ein und demselben Ort hier zu Lande ihre Wohnstatt erhalten sollten. ... Doch wie anders ist nun heute hier das Bild der Lage! Nächste Familienverwandte sind voneinander getrennt, über weite Räume versprengt. ... Meine Illusion aber, daß dieser Zustand und besonders auch ein Auseinandergesprengtsein alter nachbarschaftlicher Gemeinschaften nur als eine zeitweilige, vorübergehende Erscheinung anzusehen ist, ist mir ... von gewiß bestens unterrichteter Seite etwas gestört worden.“

Aber nicht nur darum ging es. Er beklagte es, daß man bewußt auch den geistigen Zusammenhalt, z. B. durch das Verbot einer eigenen Zeitung, zu zerstören suchte. Selbst ein Anzeigenblatt als Beilage zu einer allgemeinen Zeitung hatte nicht die Zustimmung der Behörden gefunden. Ein entsprechendes Anliegen wies der Hauptschriftleiter des „Ostdeutschen Beobachters“, Koch, gleichzeitig Zensor des Goebbels-Ministeriums, barsch zurück. „Er sprach besonders davon“, so Maydell, „daß die Tendenz bestehe, kein baltisches Cliqueswesen aufkommen zu lassen oder zu begünstigen. Dann sprach er wohl auch tröstlich davon, daß uns Baltendeutschen die Rolle einer Oberschicht im Warthegau zgedacht wäre, worauf ich kurz erwiderte, daß wir im anderen Falle schwerlich hergekommen wären“.²⁴

Aber auch in diesem Punkte sollte er enttäuscht werden. Gauleiter Greiser war es, der auf einer Großkundgebung in Lodz/Litzmannstadt

23) Ebenda.

24) Brief Maydell, 4. 12. 1939, an Darré. BA, NS 8/173.

unter dem Beifall tausender deutscher Bewohner des ehemaligen Polen dazu aufrief, „sich die Führung nicht aus der Hand nehmen zu lassen; daß L[itzm]annstadt] heute noch deutsch ist, sei keineswegs das Verdienst jener Herrenmenschen usw. Die Tatsache allein, daß man sich 700 Jahre lang unter fremdem Volkstum erhalten habe, rechtfertige keineswegs die heutigen Machtansprüche auf die Führung. Deutschland könne ein Herrenmenschentum, ganz gleich welcher Art, irgendeiner Volksgruppe nicht anerkennen“. Kommentar eines Deutschbalten in einem Brief an das Deutsche Auslands-Institut: „Die Einsichtsvollen unter den Balten werden selber zugeben müssen, daß sie diese Zurechtweisung in reichem Maße verdient haben.“²⁵

Die Ansiedlung der Deutschbalten im „Warthegau“ orientierte sich an einem von dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums entworfenen Gesamtkonzept für den Aufbau der annektierten Ostgebiete. Der „Warthegau“ sollte ein Musterland werden, das unter Vermeidung der durch die Industrialisierung in weiten Teilen des Reichsgebietes hervorgerufenen Zersiedelung und städtischen Ballung eine „auf gesunder Bodenordnung“ aufbauende Gesamtwirtschaft erhalten mußte. Es galt, die geplante Ansiedlung dauerhaft zu festigen und der viel gefürchteten Landflucht vorzubeugen. „Aus diesem Grunde“, so hieß es in den Planungsgrundlagen der SS, „muß also das Ostgebiet als ein gemischt agrarisch-industrielles Gebiet eine ähnliche Sozial- und Wirtschaftsstruktur, wie sie beispielsweise die gesündesten Gebiete Bayerns und unsere Nordwest-Provinz Hannover besitzen“, angelegt werden. Das Siedlungsprojekt im „Warthegau“ richtete sich daher nach folgenden, berufsspezifischen Leitzahlen²⁶:

- ca. 35 v. H. landwirtschaftliche Berufszugehörige
- ca. 35 v. H. Handwerk und Industrie
- ca. 15 v. H. Handel und Verkehr
- ca. 7 v. H. öffentliche Dienste
- ca. 8 v. H. Sonstige.

Eine an diesem Vorhaben ausgerichtete Siedlung machte eine genaue Auflistung auch der Deutschbalten nach Berufsgruppen notwendig. Sie ergab, daß die Umsiedler aus Est- und Lettland sich in vorteilhafter Weise mit dem anderen zur Ansiedlung im „Warthegau“ vorgesehenen Auslandsdeutschtum, das überwiegenden bäuerlicher Herkunft war, ergänzte.²⁷

25) Brief W. Quiring, 12. 4. 1940, an Dr. Rüdiger, Stuttgart. BA, R 49/20.

26) Planungsgrundlagen für den Aufbau der Ostgebiete des Reichsführers SS., o. D. BA, R 49/157.

27) Diese Zahlen sind folgenden Quellen und Darstellungen entnommen: Abschlußbericht über die Erfassung der Baltendeutschen durch die Einwandererzentralstelle, BA, R 69/87; Bericht des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, 5. 5. 1941, BA, R 49/26; Beauftragter des Reichskommis-

	Umsiedler insgesamt	Nach- umsiedlung	Zahl der Ansiedler im „Warthegau“	Zahl der Ansiedler im „Warthegau“	
				städtisch	ländlich
1940	63 840				
1941		17 248			
			50 655		
1942			50 842	39 804	11 038
1943			50 856	39 818	11 038
1944		Balten- flüchtlinge			
	76 895	38	50 866		

Geht man von den erwerbstätigen Umsiedlern aus, dann ergibt sich folgende prozentuale Berufsgliederung:

Erwerbspersonen unter den deutschbaltischen Ansiedlern in absoluten Zahlen²⁸

a) Nach Wirtschaftsgruppen

Land- und Forstwirtschaft	6007
Industrie und Handwerk	9035
Handel und Verkehr	9324
Öffentliche Dienste	4861
Häusliche Dienste	787
	<hr/>
	30 014

b) nach sozialer Stellung

Selbständige	7123
Mithelfende Familienangehörige	2506
Abhängige	20 385
	<hr/>
	30 014

Erwerbspersonen unter den deutschbaltischen Ansiedlern in v. H.

a) nach Wirtschaftsgruppen

Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft	22,0 *
Industrie und Handwerk	30,5
Handel und Verkehr	31,0
Öffentliche Dienste	16,1
Häusliche Dienste	2,3

b) nach sozialer Stellung

Selbständige	23,7
Mithelfende Familienangehörige	8,4
Abhängige	67,9

sars für die Festigung deutschen Volkstums (Hrsg.): Der Reichsgau Wartheland in der Brieftasche, Posen, Juli 1943, nur für den Dienstgebrauch, BA, R 49

Die Reichsbehörden standen bei den Umsiedlern bezüglich einer reibungslosen, den alten Verhältnissen in den baltischen Staaten Rechnung tragenden Ansiedlung im „Warthegau“ im Wort. Diese hatten das generelle Versprechen erhalten, daß nach ihrem Eintreffen für sie in der Weise gesorgt werde, daß jeder Wohnung und Nahrung und sofort Arbeit erhalte. Allen war die berufsgemäße, an den Fähigkeiten orientierte Verwendung, die Erstattung zurückgelassener Sachwerte durch neue in Aussicht gestellt. Es sollte „der Inhaber eines Landgutes . . . also ein anderes Landgut in dem neuen Ansiedlungsraum erhalten, der Arzt eine neue Arztpraxis, der selbständige Kaufmann die Grundlage für ein entsprechendes neues Unternehmen usw.“.²⁹

Für alle vermögensrechtlichen und wirtschaftlichen Fragen zeichnete die vom Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gegründete Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. (DUT) mit Sitz in Berlin verantwortlich, deren Aufsichtsrat seitens der Deutschbalten Erhard Kroeger (Führer der NS-Bewegung in Lettland) und Dr. Hellmuth Weiss (Präsident der Deutschen Kulturselbstverwaltung in Estland) angehörten.³⁰ Sogenannte Außenstellen in Riga und Reval erfaßten und veräußerten das Vermögen der „Rückwanderer“, um den Erlös ins Reich zu transferieren. Niederlassungen in Posen und Lodz/Litzmannstadt übernahmen die Regulierung der vermögensrechtlichen Ansprüche im „Warthegau“, die in der Gewährung von Aufbaukrediten zur Gründung neuer wirtschaftlicher Existenzen beruhte. Dabei kam folgendes Verfahren zur Anwendung: Eine vom Antragsteller abgegebene Vermögenserklärung wurde mit den entsprechenden Ermittlungsergebnissen der Außenstellen im Baltikum verglichen, um derart zu einer realitätsnahen Größenordnung zu gelangen. Jedoch war der so ermittelte Wert nicht die einzige Bemessungsgrundlage für einen Vermögensausgleich. Die Höhe des als Vorschuß gewährten zinsfreien Kredites richtete sich, wie es vielsagend hieß, auch nach den „persönlichen“ Umständen, nach der wie auch immer taxierten wirtschaftlichen Zuverlässigkeit, nach dem fachlichen Können, vor allen Dingen aber nach der „rassenpolitische[n] Eignung“ und nach der „politische[n] Einstellung“ des Ansiedlers. Mit anderen Worten: Ideologische und politische Momente wurden „in den Vordergrund gestellt“.³¹

Anh. I/8; T. R. Hartmann: Die Annexionistische Agrarsiedlungspolitik des deutschen Faschismus in den sogenannten „eingegliederten Ostgebieten“ („Reichsgau-Danzig-Westpreußen“, „Reichsgau-Wartheland“, „Regierungsbezirk Zichenau“) 1939/1945, Diss. masch. Rostock 1969.

28) Tabellen nach Torna u (wie Anm. 19), S. 116. — *Angabe nach Zahlen der Umsiedlung in: Deutsche Post aus dem Osten 13 (1941), S. 12—13, hier S. 13.

29) Bekanntmachung der Umsiedlungsstelle bei der Deutschen Gesandtschaft in Reval, 14. 10. 1939. Zit. nach Loeber, S. 115.

30) K. Drechsler, G. Hass, W. Schumann: Zwangsaussiedlungen und Germanisierung in den Kriegszielplanungen der faschistischen deutschen Monopolbourgeoisie. Funktion und Tätigkeit der deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft m. b. H., in: *Studia Historiae Oeconomicae* 8 (1973), S. 35—49, hier S. 35/36.

31) F. Bang [Geschäftsführer der DUT]: Die Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft, in: *Reichsverwaltungsblatt* 62 (1941), S. 177—180, hier S. 178.

Die DUT trat in der Regel nicht selbst als Kreditgeber auf, sondern überließ diese Aufgabe einem Bankenkonsortium unter der Federführung der Dresdner Bank. Nach Abschluß des ersten Haushaltsjahres hatte sie folgende Beträge zur Auszahlung bringen lassen³²:

Gegenstand	Baltikum	
	Zahl	Betrag
Unterstützungen *	268 459	2 148 545,31 RM
Vorschüsse	50 650	7 453 995,50 „
Übergangsgelder	18 208	2 014 603,— „
Reichsverbürgte Kredite	6138	16 113 054,37 „
Kredite aus Haushaltsmitteln	605	329 518,99 „
Handgeldkredite	—	—
Anschaffungsmittelkredite	281	1 492 537,94 „
Umwechslung mitgebrachter Sorten	—	—
Schadenszahlungen für Gepäckverluste	2218	1 000 408,91 „
	346 560	30 552 664,02 RM

*) Es handelte sich hier um Unterstützungsleistungen unterschiedlichster Art, wobei Einzelpersonen unter mehreren Aspekten verschiedene Unterstützungsgelder erhielten.

Die Substituierung des zurückgelassenen Vermögens erfolgte im „Warthegau“ auf Kosten der Besitztümer zwangsausgesiedelter und enteigneter Polen und Juden. Für Konfiskation und Enteignung schuf man eine eigene Verordnung über die Behandlung von Vermögen der Angehörigen des ehemaligen polnischen Staates (17. September 1940). Ihr zufolge konnte das Vermögen eingezogen werden, wenn es „im Interesse der Festigung des deutschen Volkstums benötigt wird“.³³ Zur Erfassung, Verwaltung und Verwertung des gesamten ehemaligen privaten jüdischen und polnischen wie auch des Staatsvermögens hatte der Vorsitzende des Ministerrats der Reichsverteidigung, Göring, die Haupttreuhandstelle Ost (HTO) ins Leben gerufen.

Als besonders schwierig erwies sich der Vermögensausgleich auf dem Gebiet des Haus- und Grundbesitzes. Hier galt es, die komplizierten Eigentumsverhältnisse zu entwirren. Sofern die Notwendigkeit bestand, mehrere Anteilseigner eines Objektes zu befriedigen, fand das nationalsozialistische Regime eine seiner ideologischen Überzeugung adäquate Regelung: In solchen Fällen erfolgte eine Abfindung kleiner und kleinster

32) Tabelle nach R. Schmidt: Ein Jahr Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft m. b. H., in: Warthegau-Wirtschaft 2 (1941), 4, S. 4—8, hier S. 7.

33) Reichsgesetzblatt 1940, I, S. 1270. Vgl. auch die entsprechenden Durchführungsbestimmungen von 1942 und 1944: Ebenda, 1942, I, S. 331; 1944, I, S. 63.

Erbanteile und die Übergabe des neuen Gebäudes bzw. Grundstückes „an den wirtschaftlich und sippenmäßig stärksten Umsiedler“.³⁴

Die selbständigen Bauern und Landwirte machten nur rund 7 v. H. der Ansiedler aus, bildeten aber aus nationalsozialistischer ideologischer Sicht die wertvollste Personengruppe. „Das entscheidende und wichtigste Element bei der Neugestaltung der Ostgebiete“, so steht es in den Planungsgrundlagen der SS, „stellt das Bauerntum dar. Von seiner Arbeit am Boden hängt die Festigung des deutschen Volkstums und die endgültige Gewinnung des durch das Schwert gewonnenen Bodens entscheidend ab“.³⁵

Die im europäischen Ostraum verstreuten deutschen Volkssplitter waren aus nationalsozialistischer Sicht eine unverzichtbare Größe der Siedlungspolitik im „Warthegau“, zumal ihr überwiegender Teil aus bäuerlicher Bevölkerung bestand. „Der Neubildung deutschen Bauerntums als eine der Aufgaben der Festigung deutschen Volkstums“ kam „eine wesentliche, ja die wesentliche Bedeutung zu — und zwar in ursächlicher Verbindung mit der Umsiedlung.“³⁶ Im Zuge der Ansiedlungsaktion deutschbaltischer Bauern kam es zu grundsätzlichen Differenzen zwischen dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Darré und dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Heinrich Himmler. Zunächst versuchte Darré, im Rahmen des ihm von Hitler erteilten Auftrages zur Neubildung deutschen Bauerntums auch die Ansiedlung der Deutschbalten in die Hand zu nehmen. Himmler vermochte jedoch den Vorstoß seines Konkurrenten mit dem Hinweis darauf abzublocken, daß die Bauern aus dem Baltikum lediglich angesiedelt würden, nicht selbsthaft gemacht, da eine endgültige Aufteilung des zu bewirtschaftenden Landes erst nach dem Kriege unter Berücksichtigung der Deutschen aus dem Reich, insbesondere der Frontsoldaten, durchgeführt werde.³⁷

Während dieser Kompetenzstreit notdürftig beigelegt werden konnte, verlagerte sich die Auseinandersetzung der Kontrahenten auf eine andere Ebene, wobei es konkret um Größenordnungen und Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe der Deutschbalten im „Warthegau“ ging. Dem nationalsozialistischen Ideal vom zukünftigen Wehrbauern entsprach eine Gruppe der deutschbaltischen Bauern ganz besonders, die der ehemaligen Großgrundbesitzer, denen nach der Landreform in Est- und Lettland lediglich Restgüter verblieben waren. Der Schöpfer des Bauernmythos von Blut und Boden, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Darré, erkannte ihr eine Sonderstellung unter den Ansiedlern zu und setzte sich für ihre bevorzugte Behandlung ein. An Himmler schrieb er: „Diese Resthofbauern, die überwiegend adlig und die Nachkommen der alten Rittergeschlechter sind, ... halte ich für den gesunde-

34) Bang, S. 179.

35) Planungsgrundlagen für den Aufbau der Ostgebiete. BA, R 49/157.

36) F. Gerlach: Ein neuer Abschnitt deutscher Volksgeschichte, in: Zs. für Geopolitik 18 (1941), S. 146—154, hier S. 150.

37) Vgl. zu dieser Kontroverse Brief Darrés, 23. 11. 1939, an Himmler, BA, NS 26/943; ders., 15. 5. 1940, an Himmler, BA, R 43/II.

sten Kern des Baltentums.“ Sie „unter allen Umständen aber wieder auf eine deutsche Scholle zu bringen“, bezeichnet er als „die vornehmste Aufgabe der jetzt eingeleiteten Umsiedlungsaktion“. Um sie nicht der Gefahr auszusetzen, sich „aus einer seelischen Enttäuschung heraus“ anderen Berufen zuzuwenden, die, wie er sich ausdrückte, „bei geringerer Plackerei eine ihren Namen und ihren Veranlagungen entsprechendere Betätigung ermöglichen“, plädierte er für eine schnelle Zuteilung ausreichend großer Erbhöfe.³⁸

Dieser Vorschlag erfuhr Hitlers ausdrückliche Billigung. In einem Schreiben des Chefs der Reichskanzlei an Darré heißt es: „Der Führer hat seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß von den Baltendeutschen als landwirtschaftliche Siedler besonders diejenigen Berücksichtigung finden sollen, die im Baltikum Grund und Boden besessen haben. Der Führer ist auch damit einverstanden, daß dabei die ehemaligen Großgrundbesitzer ... ausreichende Erbhöfe erhalten.“³⁹ Und in der Tat sind die Deutschbalten mit der Landzuteilung nicht schlecht gefahren. Insgesamt wurden über 50 000 Hektar mehr an sie verteilt, als sie vor der Umsiedlung in Bearbeitung hatten. Bis zum 31. Dezember 1942 saßen Deutschbalten auf 2466 Höfen, davon rund 14 v. H. auf großen Gütern zwischen 125 und 500 ha.⁴⁰

1167 Höfe bis	25 ha	59,2 v. H.
535	„ „ 125 „	27,2 v. H.
191	„ „ 250 „	9,7 v. H.
53	„ „ 375 „	2,7 v. H.
23	„ „ 500 „	1,2 v. H.

Insgesamt bewirtschafteten die deutschbaltischen Ansiedler ca. 5 v. H. des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens des „Warthegaus“, zunächst als Treuhänder, da eine endgültige Aufteilung des zu bewirtschaftenden Landes erst nach dem Kriege unter Berücksichtigung der Deutschen aus dem Reich, insbesondere verdienter Frontsoldaten, durchgeführt werden sollte.

Wenngleich es nicht an Berichten fehlt, die sich anerkennend über die Leistungen der „Barone“ auf den ihnen zugewiesenen Gütern äußerten, gab es unter Kennern der Verhältnisse auch kritische Stimmen. „Die baltischen Barone“, schrieb der Posener Superintendent Arthur Rhode, „konnten sich an die hier notwendige Intensivierung der Landwirtschaft schwer gewöhnen, außerdem lähmte die Vorläufigkeit des Besitzes die Tatkraft und die Bereitwilligkeit, viel in die Wirtschaft hineinzustecken,

38) Brief Darrés, 16. 10. 1939, an Himmler. Durchschrift an Hitler. BA, R 43/II.

39) Lammers, 23. 10. 1939, an Darré, BA, R 43/II.

40) Tabelle in: „Der Menscheneinsatz“. Grundsätze, Anordnungen und Richtlinien, hrsg. von der Hauptabteilung I des Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums, Dez. 1940, S. 107. BA, RD 10/4-1. An der prozentualen Verteilung hat sich später nichts geändert.

und bald machte sich in Folge des Krieges auch der Mangel an vielem bemerkbar, was neu anzuschaffen war“.⁴¹

Dem Großgrundbesitz stand auch Himmler skeptisch gegenüber und fand für seine Auffassung durchaus Verständnis. Wenn die „Deutschen Monatshefte“ ein „gesundes, wirtschaftlich gedeihendes, deutsches Bauern- tum, das durch Erbhöfe mit dem Boden auf ewig verbunden ist, ein Klein- bauerntum, das für die deutschen Güter, die der Bodenbeschaffenheit und des Ernährungsspielraums des Gesamtvolkes wegen in bestimmten Gren- zen nötig sind, Knechte und Mägde stellen kann“, forderten⁴², macht dies deutlich, daß Großgrundbesitz in der nationalsozialistischen Ostraumpolitik notwendiger Bestandteil, nicht aber Grundmuster einer Agrarstruktur sein sollte.

Die Volkstumspolitik des Dritten Reiches in den eingegliederten Ostge- bieten war an konkrete Raumordnungsvorstellungen gekoppelt, wie sie von eigens gegründeten oder ausgebauten wissenschaftlichen Institutionen entwickelt wurden. Die durch die Eliminierung des Polen- und Judentums bevölkerungs- wie wirtschaftsstrukturell weitgehend gestaltungsfähig ge- wordenen neuen Territorien sollten idealtypisch ausgebaut werden. Die entsprechenden Pläne wiesen dem Bauerntum in einer sogenannten ge- sunden ländlichen Bodenordnung die Form von Familienwirtschaften zu. Die normale Bauernstelle dachte man sich in einer Größenordnung zwi- schen 25 und 40 ha. Unter dem Zwang der Bodenverhältnisse erschienen größere Gutsbetriebe gerechtfertigt. Entsprechend diesen Maßregeln fand dann auch in etwa die Verteilung des Bodens an die Deutschbalten statt, wobei ein gewisser Trend nach oben unverkennbar ist.

Dem nationalsozialistischen Regime kam es vor allem darauf an, eine in seinem Verständnis gesunde Mischung von landwirtschaftlichen Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben zu schaffen, d. h. eine möglichst dichte länd- liche Besiedlung zu erreichen, um diese mittels auf die landwirtschaft- lichen Bedürfnisse ausgerichteter Handwerksbetriebe und mittlerer In- dustrieunternehmen auf Dauer in ihrem Bestand zu sichern. Aber noch eine zweite Motivation bewegte Himmler, wie aus einer Kontroverse mit Gauleiter Greiser vom Februar 1941 deutlich wurde. Greiser sah sich vor die vom Führer und dem Reichsmarschall ihm auferlegte Aufgabe gestellt, „Getreide, Getreide und nochmals Getreide“ anbauen zu lassen. „Des- wegen sei der Warthegau dem Reich angegliedert worden“. „Dazu“, so der Gauleiter, „brauchen wir unsere Großgüter und dazu brauchen wir alle Arbeitskräfte. Die Arbeitskräfte müßten, trotzdem es Polen sind, im Warthegau bleiben. Die heutige Agrarstruktur darf nicht verändert wer- den“.⁴³ Polnische Arbeitskräfte, das war das Reizwort für die SS. Auf den

41) A. Rhode: Beiträge zur Geschichte der Evangelisch-unierten Kirche in Polen, o. O. (1981), S. 69/70.

42) V. Kauder: Das Dritte Reich und der deutsche Osten, in: Deutsche Monatshefte 6 (1940), S. 227—230, hier S. 227.

43) Vermerk eines Mitarbeiters des SS-Ansiedlungsstabes, 12. 2. 1941, über ein Gespräch mit Greiser. BA, R 49 Anh. I/34.

Großgütern der Deutschbalten waren sie nicht nur unabhkömmlich, auch unersetzbar. Denn die Ansiedler aus Est- und Lettland zählten nur wenige Landarbeiter in ihren Reihen. Wie alle anderen Umsiedler, hatten auch sie eine „angebotene, zumutbare Arbeit aufzunehmen“. Auch wenn es in den einschlägigen Bestimmungen hieß: „Jeder Umsiedler soll möglichst seinem Beruf bzw. seinen Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechend eingesetzt werden“⁴⁴, so sah sich doch mancher Landarbeiter mit der Begründung kriegsökonomischer Notwendigkeit gezwungen, aber auch des besseren Verdienstes wegen veranlaßt, Arbeit außerhalb seines früheren Berufsfeldes zu ergreifen, die er auf Grund geltender Bestimmungen dann nicht wieder aufgeben durfte. Um „den Umsiedlern bei der Schaffung ihrer neuen Existenz jede mögliche Hilfe und Rücksichtnahme zuteil werden“ zu lassen, ersuchte die SS den Reichsarbeitsminister, „den Baltendeutschen, wenn nicht schwerwiegende staatspolitische Gründe entgegenstehen, die Genehmigung zum Stellenwechsel [zu] erteilen“.⁴⁵

Hinter dieser Initiative verbarg sich ein doppeltes Bestreben: Zum einen wollte man die Landflucht der Arbeitskräfte, wie sie im Altreich stattgefunden hatte, verhindern. Hierzu bedurfte es sowohl der ideellen wie materiellen Gleichstellung des Landarbeiters gegenüber dem in der Industrie Tätigen. Es galt, daran zu denken, „daß die Voraussetzung für die Schaffung einer neuen und gesunden ländlichen Ordnung nur darin begründet sein kann, daß die Landarbeit als Ganzes gesehen in den sozialen Rang erhoben wird, der sie gleichberechtigt neben Industrie und Handwerk stellt“.⁴⁶ Zum anderen mußte es ein zumindest langfristiges Ziel sein, polnische durch deutschbaltische Landarbeiter restlos zu substituieren, und wo dies nicht möglich war, Großgüter durch mittlere und kleinere Betriebe zu ersetzen, die als Familienunternehmen ohne fremde Hilfe zu bestellen waren und die Himmler einmal für wirtschaftlicher, zum anderen variabler im Anbau solcher landwirtschaftlicher Erzeugnisse hielt, die im Reich gerade zu den Mangelwaren zählten.

Was die wenigen industriellen Arbeitskräfte unter den Ansiedlern betraf, so wurden sie nach ihrem Eintreffen umgehend in den rüstungswirtschaftlichen Prozeß eingegliedert. Sie vermochten allerdings nicht die große Lücke zu schließen, die die Vertreibung der Polen, vor allen Dingen auf dem Facharbeitersektor, hervorgerufen hatte. Zudem ließ ihre Arbeitsmoral, wenn man den Berichten der Wehrmacht Glauben schenken will, deutlich zu wünschen übrig. In der Geschichte des Kriegseinsatzes der Rüstungsinspektion Posen finden sich die folgenden bemerkenswerten Sätze: „Über den Wert der Volksdeutschen sowie der Baltendeutschen und der anderen Rückwanderer als Arbeiter sind die Ansichten geteilt. . . . Die Rückwanderer haben sich nicht voll bewährt. Nach vielfachen Erfah-

44) „Der Menscheneinsatz“ (wie Anm. 40), erstes Nachheft, S. 56.

45) „Der Menscheneinsatz“ (wie Anm. 40), S. 15.

46) U. Greifelt: Festigung deutschen Volkstums im deutschen Ostraum, in: Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), S. 2—6, hier S. 4.

rungen reichen ihre Arbeitskraft und ihr Arbeitswille nicht einmal an die der Polen heran.“⁴⁷

Neben der Konsolidierung der Landwirtschaft kam es den neuen Machthabern im „Warthegau“ darauf an, die industrielle Produktion nach den Kriegswirren wieder in Gang zu bringen und die Betriebe in deutsche Hände zu legen. Die den neuen Betriebsführern zgedachten Aufgaben wiesen eine eindeutige Prioritätenfolge auf, die Staatssekretär Landfried bei der Einführung des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Posen im Frühjahr 1940 formulierte: „Neben dem Aufbau der Wirtschaft im Gau selbst ... steht die nicht minder wichtige Aufgabe, die Wirtschaft des Reichsgaues fest mit der Gesamtwirtschaft des Großdeutschen Reiches zu verflechten.“ Diese Arbeit mußte aber hinter die Verpflichtung zurücktreten, „die Bedürfnisse der Wehrmacht zu befriedigen, für sie die Waffen zu schmieden zum sicheren Siege!“⁴⁸ Folglich war es die Wehrmacht, die erheblichen Einfluß auf die Einweisung der Rückwanderer in industrielle Unternehmen ausübte.

Die HTO wies, in Verbindung mit einer Reihe von Partei- und administrativen Institutionen, die Ansiedler zunächst treuhänderisch in von ihnen zu verwaltende handwerkliche und industrielle Betriebe ein. Um die Wirtschaft möglichst rasch wieder anzukurbeln, wurde zwischen DUT und HTO ein Verfahren vereinbart, das den Treuhändern einen besseren materiellen Anreiz durch die Möglichkeit bot, durch Anschaffungskredite das Inventar der übernommenen Einrichtungen, Warenlager und neue Grundstücke zur Betriebserweiterung käuflich zu erwerben. Es erfolgte keine pekuniäre, sondern eine an dem Grundsatz der Naturalrestitution gebundene Vergütung zurückgelassener Vermögenswerte. Erst bei der letztgültigen, in die Zukunft verschobenen Endabrechnung sollten Vermögensspitzen unter Durchbrechung des Prinzips des absoluten Naturalersatzes zu Gunsten oder zu Lasten des Reiches abgebaut werden.

Insgesamt vollzog sich der Berufseinsatz für die nationalsozialistischen Machthaber zufriedenstellend, wenn auch in den einzelnen Sparten unterschiedlich. Zwar hatten Mitte Juli 1940 rund 1600 Deutschbalten die treuhänderische Verwaltung selbständiger Betriebe übernommen, davon etwa 1350 Handels- und 250 Industrieunternehmen. Dennoch war dies nicht ohne Überwindung größerer Schwierigkeiten möglich gewesen, zumal die vorgefundenen Verhältnisse bei Großhandel und Industrie sich als strukturell anders geartet als in den baltischen Staaten erwiesen. Zudem stieß der Einsatz auf industriellem Sektor auf technische Schwierigkeiten, da Maschinen zerstört oder verschleppt waren und Rohstoffknappheit herrschte. Der Einsatz der Ansiedler gelang am besten in den alten Industriestädten Lodz/Litzmannstadt und Posen.

Während der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums bereits im Sommer 1940 die wirtschaftliche Lage in den genannten Unter-

47) Bundesarchiv — Militärarchiv Freiburg (weiterhin zit.: BA-MA), RW 20—21/10.

48) Rede, 15. 4. 1940, in: Warthegau-Wirtschaft 1 (1940), 4, S. 4.

nehmen „in der überwiegenden Zahl der Fälle als gut“⁴⁹ bezeichnete, scheint die Wehrmacht mit den Leistungen der deutschbaltischen Betriebsführer wenig zufrieden gewesen zu sein. Bei ihren Berichten über die einzelnen Branchen und Firmen hob die Rüstungsinspektion nicht selten hervor, wieviel besser doch die jüdischen Eigner als die treuhänderischen deutschbaltischen Verwalter zu wirtschaften gewußt hätten. So heißt es im Blick auf den vorausgegangenen Besitzer eines Werkes: „Während damals das Arbeitsergebnis erstklassig war, ist jetzt, seitdem ein Balten-deutscher den Betrieb führt, die Leistung so zurückgegangen, daß die bisher dort verchromten Teile ... ins Reich gegeben werden müssen.“⁵⁰

Zu einer gesunden ländlichen Infrastruktur zählte ein gesundes Handwerk. Die meisten Handwerker aus den baltischen Staaten konnten bereits 1940 die enteigneten jüdischen und polnischen Werkstätten in Besitz nehmen. Die Eingliederung in Handwerk und Handel fiel um so leichter, als es sich hier um Mangelgewerbe und Mangelberufe handelte.

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Mitte des Jahres 1940 aus der Sicht des Reichsführers SS: „Befriedigend bis sehr gut. Eine Reihe von Handwerkern konnte bereits die aufgenommenen Kredite zurückzahlen. Die Übereignungsaktion läuft auch hier.“⁵¹ Angestellte und Beamte fanden im „Warthegau“ sehr rasch ein neues Wirkungsfeld in Firmen, in der Staats- und Gemeindeverwaltung. Allein die Reichspost übernahm mehrere hundert Bedienstete.⁵²

Von 24 096 berufstätigen Deutschbalten waren beschäftigt (31. März 1940):⁵³

Berufsabteilungen	in selbständiger Stellung			in abhängiger Stellung		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
A. Land-, forst- und fischereiwirtsch. Berufe	1 937	1 786	151	3 387	1 319	2 068
B. Handwerkliche und industrielle Berufe	1 564	1 212	352	5 162	4 128	1 034
C. Kaufmännische Berufe	709	576	133	5 219	2 626	2 593
D. Verkehrs- und Gastwirtschaftsberufe	209	129	80	733	604	129
E. Verwaltungs-, Rechtspflege-, Bildungs- und Heilberufe	1 166	569	597	2 760	1 163	1 597
F. Hausangestellte	—	—	—	618	4	614
G. Hilfsberufe für Lagerung, Transport und Reinigung	1	1	—	631	394	237
Gesamtzahl	5 586	4 273	1 313	18 510	10 238	8 272

49) Der Einsatz der rückgeführten Baltendeutschen in den Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen, 9. 7. 1940. BA, R 43/2.

In Anbetracht der Kürze der Zeit, die zur Ansiedlung benötigt wurde, und der angespannten Wirtschaftslage des Reiches in einer Zeit großer rüstungswirtschaftlicher Anstrengungen, ist den Rückwanderern aus den baltischen Staaten ein hohes Maß an Hilfe und Unterstützung zuteil geworden. Aber, so schrieb 1943 ein ideologisch engagierter Göttinger Agrarwissenschaftler, die Errichtung eines deutschen, lebensstarken Volkstums setze mehr voraus: „Das ist mehr als die Schaffung bäuerlicher Hofstellen auf dem Weg der Siedlung, mehr auch als die Entfaltung industriellen Gewerbefleißes, mehr endlich als der Aufbau neuer Städte oder die Entwicklung deutscher Kultur. Hier handelt es sich darum, deutsches Volkstum mit diesem neuen Lebensraum zu einer Einheit zu verschmelzen, die in ihrer Seele, in ihrem Charakter, ihrem schöpferischen Willen, ihrer Haltung und ihrer wirtschaftlichen Einrichtung ebenso deutsch ist wie die alten Lebenszentren unseres Volkes“.⁵⁴ Konkreter äußerte sich der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums in den Grundsätzen, Anordnungen und Richtlinien für die Umsiedlung: „Es ist nicht die Volksgruppe allein, die ihre Menschen und ihre kulturellen Werte dem Reich zur Verfügung stellt. In viel größerem Maße ist das Reich der gebende Teil. Denn es gibt dem zurückgekehrten Deutschen die Geborgenheit in der neuen, größeren Heimat, die Zukunft seiner Kinder und das Glück, im Volksstaat des Führers leben zu können. Dies verpflichtet aber den heimgekehrten Deutschen, sich in die Disziplin, die Zucht und die Ordnung des Großdeutschen Reiches organisch einzufügen. So schwer es manchem, der bisher draußen in einer Volkstumsorganisation tätig war, auch fallen mag: mit der Hereinnahme einer Volksgruppe in das Reich hört die frühere Volksgruppenorganisation auf zu bestehen. Es kann und darf nicht sein, daß z. B. im deutschen Osten eine baltendeutsche Volksgruppe neben einer wolhyniendeutschen und bessarabiendeutschen vorhanden ist. . . Der Begriff des Baltendeutschen, des Wolhynien- und Bessarabiendeutschen usw. muß vielmehr in kürzester Frist ausgetilgt sein.“⁵⁵

Man erwartete also von dem „Rückwanderer“ nicht nur die Anpassung an die neuen Verhältnisse, sondern darüber hinaus auch das aktive Bekenntnis zu dem politischen System, innerhalb dessen er jetzt sein Leben zu gestalten hatte. Und das nationalsozialistische Regime ließ keinen

50) Geschichte des Kriegseinsatzes der Rüstungsinspektion Posen. BA-MA, RW 20—21/10.

51) BA, R 43/2.

52) 690 Deutschbalten: Stand vom 31. 12. 1941. F. Richter: Der Einsatz der Volksdeutschen sowie Erfahrungen und Zukunftsaufgaben beim Postaufbau im Wartheland, in: Jb. des Postwesens 5 (1941/42), S. 214—265, hier S. 216.

53) Tab. aus: Der „Menscheneinsatz“ (wie Anm. 40), S. 104. Die absoluten Zahlen haben sich später leicht verändert, ohne die Beschäftigungsstruktur wesentlich zu beeinträchtigen.

54) A. Schürmann: Festigung deutschen Volkstums in den eingegliederten Ostgebieten, in: Reich, Volksordnung, Lebensraum 6 (1943), S. 475—538, hier S. 480/481.

55) „Der Menscheneinsatz“ (wie Anm. 40), S. VII.

Zweifel darüber aufkommen, daß es die Identifikation mit seiner politischen Ideenwelt und seinem politischen Handeln als Voraussetzung dafür betrachtete, daß aus Ansiedlern Einheimische wurden. Zitat dazu aus der SS-Schrift „Der Menscheneinsatz“: „Die vollzogene Ansiedlung der heimgekehrten Reichs- und Volksdeutschen ist nur der erste Schritt zu ihrer eigentlichen Seßhaftmachung. Ganz abgesehen davon, daß die Bewirtschaftung des zugewiesenen Hofes oder des Grundstückes von Zeit zu Zeit von sachkundiger Seite überprüft werden muß, daß z. T. Umsetzungen erforderlich sind oder daß Arrondierungen zweckmäßig erscheinen, wird die Hauptaufgabe der Seßhaftmachung in der politischen Erziehung des einzelnen Umsiedlers zum nationalsozialistisch denkenden Menschen liegen. ... Dabei wird berücksichtigt werden müssen, daß es töricht wäre, bei diesen jetzt heimgekehrten Volksdeutschen schon politische Erkenntnisse oder gar nationalsozialistische Überzeugungen vorauszusetzen. Besser als vorschnelle Urteile sind daher Geduld, Einfühlungsvermögen und eine psychologisch kluge Erziehung namentlich der Jugend, die ohnehin in HJ und BDM, im Reichsarbeitsdienst und in der Wehrmacht zu einem neuen Geschlecht heranwachsen wird.“⁵⁶

Für die Deutschen aus dem Baltikum traf allerdings nicht zu, was die SS bei der Umformung der Umsiedler zu nationalsozialistischen Menschen berücksichtigt wissen wollte, daß sie nämlich „bisher in fremden Staaten“ lebten, wo sie „kaum eine Möglichkeit, das Ideengut der nationalsozialistischen Revolution in seinem inneren Gehalt kennenzulernen“, hatten.⁵⁷ Im Gegenteil: der zumeist eng gebliebene Kontakt zwischen vielen im Altreich oft zu hohen Stellungen und einflußreichen Positionen gelangten Deutschbalten und der alten Heimat hatte frühzeitig für eine Transmission nationalsozialistischer Ideen gesorgt. Deutschbalten waren frühzeitig in den Dunstkreis des Nationalsozialismus geraten, ja hatten die Ostkonzeption nicht unwesentlich beeinflusst bzw. mitformuliert. Neben Alfred Rosenberg sei auf v. Scheubner-Richter verwiesen, der zu den Toten des Hitler-Putsches in München 1923 zählt. Der Kreis der Partei-Aktivisten und -sympathisanten ließe sich um eine Reihe von Namen erweitern, doch sollen diese auf zwei Persönlichkeiten beispielhaft beschränkt sein, die über die nationalsozialistische Volkstumspolitik nicht ohne Einfluß auf die politische Meinungsbildung im Baltikum gewesen sein dürften. Zum einen sei auf Otto v. Kursell hingewiesen, zwar in Petersburg geboren, aber in Estland und Lettland aufgewachsen bzw. ausgebildet. Architekt und Künstler, mit Rosenberg und Hitler seelenverwandt, übernahm er 1935 im Auftrag von Heß ein neues Volkstumsbüro, dessen Aufgabe u. a. in der politischen Betreuung und Beeinflussung des Auslandsdeutschtums bestand. Kursell spielte eine nicht unwesentliche Rolle in der sogenannten „Baltischen Brüderschaft“, vor allen Dingen bestehend aus baltischen Studenten, die aktiv gegen den Bolschewismus gekämpft hatten, und über-

56) Ebenda, S. VII/VIII.

57) Ebenda.

nahm Anfang der dreißiger Jahre deren Führung.⁵⁸ Von nicht geringerer Bedeutung für die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes im Baltikum mag Werner Richard Hasselblatt gewesen sein. In Dorpat geboren und aufgewachsen, studierte er dort Jurisprudenz, war als Kommunalpolitiker aktiv, zählte zu den Mitbegründern der „Deutschbaltischen Hilfsdienstgesellschaft“, nahm im „Baltenregiment“ am Kampf gegen den Bolschewismus teil, gehörte schließlich zu den Abgeordneten im estländischen Parlament und siedelte als ständiger Beauftragter der Deutschen Volksgruppen in Europa 1931 nach Berlin. Als Herausgeber der Zeitschrift „Nation und Staat“ befaßte er sich mit Minderheitenproblemen und arbeitete in der Volkstumsführung des nationalsozialistischen Regimes. Ende 1933 trat Hasselblatt dem „Volksdeutschen Rat“ bei, der Rudolf Heß, als dem von Hitler ernannten obersten Koordinator deutscher Volkstumpolitik, als „Beratungs- und Vollzugsorgan“ diente. Hasselblatt wurde federführend für internationale Angelegenheiten des Volkstumsgedankens und für Minderheitenprobleme und hatte somit einen nicht geringen Einfluß auf den Stellvertreter des Führers, dem „sämtliche Fragen des Deutschtums jenseits der Grenzen (Grenz- und Auslandsdeutschtum)“ und die „Stärkung und Einheit des Gesamtdeutschtums sowie alle damit zusammenhängenden Angelegenheiten im Inneren des Reiches“ oblagen.⁵⁹ Der „Volksdeutsche Rat“ hatte seine Tätigkeit auf ausdrücklichen Wunsch Hitlers „unsichtbar“ für Öffentlichkeit und Auslandsdeutschtum zu richten. Hierfür galt als Voraussetzung, daß seine Mitglieder nach Möglichkeit ohne offizielle Bindung an die NSDAP waren, um so den Schein der Unabhängigkeit zu wahren. In Wirklichkeit bestand kein Zweifel daran, „daß es für den Rat nur eine höchste Autorität geben könne, die sich aus dem deutschen Gesamtvolke rechtfertige: den Reichskanzler Adolf Hitler“. Als für die Arbeit des Gremiums richtungweisend galt der Grundsatz: „Keine unterschiedliche Behandlung zwischen Auslands- und Reichsdeutschen“, wobei die Volksgruppen dem Deutschen Reich und dem deutschen Gesamtvolk verpflichtet werden mußten.⁶⁰ Die ostentativ herausgestellte anscheinende parteipolitische Unabhängigkeit der Volkstumpolitik, die auch im Hinblick auf andere Organisationen betont wurde (so für den Verein für das Deutschtum im Ausland — VDA und für das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart — DAI), verschaffte ihr die an der Spitze von Reich und Partei gewünschte Resonanz, auch im Baltikum.

Unter dem Eindruck zunehmenden kulturellen, ökonomischen und politischen Drucks der jungen estnischen und lettischen nationalstaatlichen Regierungen konnte sich nationalsozialistisches Gedankengut in den Köpfen vor allem junger Deutschbalten rasch festsetzen. Das autoritäre, das

58) Vgl. H.-A. Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933—1938, Frankfurt a. M., Berlin 1968, S. 225—228.

59) Verfügung vom 27. 10. 1933 zur Gründung des „Volksdeutschen Rates“, zit. nach Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 178.

60) Aus der Eröffnungsrede des Mitglieds des „Volksdeutschen Rates“ Dr. Steinacher, zit. nach Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 197.

Auslandsdeutschtum frühzeitig in seine Propaganda einbeziehende und im Ernstfall schutzversprechende, offenbar kraftvolle nationalsozialistische Deutschland wurde zur moralischen und politischen Stütze in einer immer schwächer werdenden Minderheitenposition.⁶¹ „Der Sieg des Nationalsozialismus im Reich fand alsbald, wie überall beim Deutschtum in der ganzen Welt, auch bei der baltischen Volksgruppe stärksten Widerhall, namentlich bei den jungen völkischen Kräften.“ Und sicherlich besitzt auch folgender Satz historische Gültigkeit, geschrieben im Blick auf „eine ständig wachsende Erschwerung der Existenzmöglichkeiten“ des Deutschtums in den baltischen Staaten: „Wenn das baltische Deutschtum diese Zeit nicht nur nicht geschwächt überstand, sondern gerade in dieser Zeit an innerer Kraft und Geschlossenheit, an Lebenswillen und Lebensmut zunahm, so war das das Ergebnis des großen völkischen Aufbruchs durch den Nationalsozialismus.“⁶²

An dieser Stelle kann die wissenschaftlich noch nicht aufgearbeitete Geschichte der sogenannten „Bewegung“ in den baltischen Staaten nur insofern gestreift werden, als in ihr wichtige Voraussetzungen für die Einbürgerung der Umsiedler im „Warthegau“ als Glieder der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ begründet lagen.

Da es sich bei der Ansiedlung „gleichzeitig um die gewünschte und erreichte Hineinziehung der Deutschbalten in den Mahlstrom des Dritten Reiches und des Nationalsozialismus gehandelt hat, so ist es ... unerlässlich, sich damit auseinanderzusetzen“.⁶³ Festzuhalten ist, daß die unter Führung von Victor von zur Mühlen und Eberhard Kroeger entfalteten nationalsozialistischen Aktivitäten in Estland und Lettland als eine wichtige Prämisse dafür zu gelten haben, daß die Integration in die nationalsozialistische Lebensordnung des „Warthegaues“ relativ problemlos erfolgte. Wie heiß diskutiert im Kreise der Deutschbalten auch das Buch von Erhard K r o e g e r gewesen sein mag: Wer die zeitgenössische Presse und die Akten liest, wird dem Autor in einer Feststellung recht geben müssen: „Das Hineinwachsen der Umsiedler in die bisher nicht gewohnte deutsche Umgebung wurde durch Mitgliedschaft und Teilnahme in der NSDAP und ihren Gliederungen gefördert und beschleunigt. Die Gründe für einen Eintritt an diesen Stellen sind so verschieden wie die Natur derer, die ihn vollzogen. Ohne Zweifel kamen, wie anderwärts auch, Überzeugung und Begeisterung ebenso wie Berechnung und Opportunismus in dem Balten-tum vor. ... Auf alle Fälle überstieg die Zahl der jetzt aktiv Mitwirkenden

61) J. v. H e h n : Vom baltischen Deutschtum in den letzten 20 Jahren. Bemerkungen zu einer Geschichte in der Nachweltkriegszeit und zur Umsiedlung, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung 5 (1941), S. 216—241, hier S. 230.

62) Ebenda, S. 231/232.

63) H. v. R i m s c h a : Die Umsiedlung der Deutschbalten aus Lettland im Jahre 1939, Hannover-Döhren 1958, S. 4. Vgl. J. v. H e h n : Zur Geschichte der deutschbaltischen nationalsozialistischen Bewegung in Estland, in: ZfO 26 (1977), S. 597—650.

den bei weitem die Zahl derjenigen, die in der alten Heimat während der kritischen Auseinandersetzungen in den Reihen der Bewegung gestanden hatten. . . . So waren nicht alle, aber viele der einwandernden Balten zu der Einsicht vorgedrungen, daß die nationalsozialistische Bewegung in dem, was sie insgesamt wollte oder mindestens in den ersten Jahren gewollt hatte, was sie in den neuen Ostgauen hätte werden sollen, in vielen wesentlichen Punkten mit den altvertrauten Leitbildern der baltischen Vergangenheit sich deckte. Gewiß nicht mit allen!“⁶⁴

Zu diesen Urteilen eines politisch handelnden Zeitgenossen treten die rückschauend gewonnenen deutschbaltischer Historiker hinzu. Neben den bedrohten Lebensumständen halten auch sie die ideologische Infiltration nationalsozialistischen Gedankengutes in die Vorstellungswelt des baltischen Deutschtums für ein wichtiges Motiv, dem „Ruf des Führers“ zu folgen. So meint Hans v o n R i m s c h a , „die bekannten äußeren Erfolge der Machtpolitik Hitlers“ hätten „auch im Deutschbaltentum einen starken Eindruck hinterlassen“, und so hätten „nationalsozialistische Anschauungen und Postulate Eingang gefunden, so daß weite Kreise der Deutschbalten — besonders in Lettland — im blinden Glauben an Hitler und seine Berufung innerlich bereit waren, alles unbedenklich zu tun, was in seinem Namen verlangt wurde“.⁶⁵ Daß von zur Mühlen seinen Platz in der SA, Kroeger in der SS und als Vertreter des „Warthegaues“ im Reichstag fand, muß als Honorierung ihrer Verdienste um die NS-Bewegung in ihrer Heimat gewertet werden. Die Initiative des Verbandsführers von zur Mühlen und des Organisationsleiters Vockrodt zur Zusammenfassung des Baltenregimentsvereins und des Baltischen Landeswehrvereins zur SA-Standard Hanns von Manteuffel mag auch ein Akt des Selbsterhaltungstriebes dieser Kriegervereine gewesen sein, insbesondere unter dem Aspekt der Fürsorge für die Hinterbliebenen der in den Kämpfen gegen die Bolschewiken Gefallenen. Der Vorgang ist darüber hinaus aber auch mit dem Aufgehen reichsdeutscher Freikorps in der SA vergleichbar, also symptomatisch und bezeugt eine nicht zu verleugnende Affinität zum Nationalsozialismus.⁶⁶

Die Deutschbalten lassen sich in gleichem Maße wie die Reichsdeutschen in den vielfältigen nationalsozialistischen Organisationen antreffen, angefangen beim „Deutschen Frauenwerk“⁶⁷, bis hin zu den kommunalen Institutionen. Ob paradigmatisch oder ein Kuriosum, sicher aber ein erwähnenswertes Beispiel, wenn die zweitgrößte Bauernkolonie Lettlands, Santen⁶⁸, in einer feierlichen Zeremonie dem Kreisleiter von Schroda vor

64) E. Kroeger: Der Auszug aus der alten Heimat. Die Umsiedlung der Baltendeutschen, Tübingen 1967, S. 180/181.

65) H. v. Rimscha: Die Umsiedlung der Deutschbalten, in: Ostdeutsche Monatshefte 25 (1959), S. 719—725, hier S. 723.

66) Vgl. dazu Baltischer Beobachter 11 (1940), insbesondere S. 48.

67) Hier führend die Parteigenossinnen von Schulmann und Stender.

68) Durch Frau Steingräber und den zum SA-Sturmbannführer ernannten Walther von Grabe.

der angetretenen, zum großen Teil aus Deutschbalten bestehenden SA des Kreises eine noch in der Heimat genährte Hakenkreuzfahne übergab.⁶⁹ Vielleicht sind die Zeilen eines deutschbaltischen Pädagogen, der sich in zahlreichen Publikationen zur Um- und Ansiedlung zu Wort gemeldet hat, zu euphorisch geraten; ganz dürften sie allerdings an der Beschreibung der Wirklichkeit nicht vorbeigehen: „Kaum ein Kreis, eine Gemeinde, in der nicht die Hakenkreuzflagge von den Giebeln der Häuser weht, die nun Bollwerk des deutschen Bauerntums geworden sind im wiedergewonnenen deutschen Osten.“⁷⁰ Die vielfach berufenen Ratsherren zeigen, wie dichtmaschig das Netz vorhandener politisch zuverlässiger Deutschbalten gewesen ist.⁷¹

Wenn es der Vorsatz des nationalsozialistischen Regimes war, das baltische Deutschtum sehr rasch seines spezifischen Eigenlebens als einer Oberschicht zu berauben, und zwar durch die Integration in die zahlreichen institutionellen Gliederungen der Partei, dann ist dieses Bemühen sicherlich im großen und ganzen gelungen. Im Jahre 1941 befanden sich

in der SA	4 041,
in der SS	1 131,
im NSKK	1 065,
im NSFK	389

Deutschbalten, das waren rund 38 v. H. aller umgesiedelten Männer über 18 Jahren.⁷² „In den Formationen der Partei, in SA, SS, NSKK, NSFK, im Deutschen Frauenwerk und in der Hitlerjugend beginnt der große Schmelzprozeß, der die Umsiedler mit den deutschen Menschen des Altreichs und den ansässigen Deutschen zusammenführt und langsam den Grund zu legen beginnt für die Großvolksgemeinschaft, die nicht mehr nach dem Herkunftsland fragt, sondern nur nach der Leistung und Einordnung, nach dem deutschen Blut und einer Bewährung vor den drängenden Aufgaben der Zukunft.“⁷³

Die Deutschbalten des „Warthegaues“ wurden nicht nur gezwungenermaßen zum Kriegsdienst eingezogen. Es gab auch eine große Zahl von Freiwilligen. „Man hatte sein Schicksal mit dem des Reiches verbunden und war bereit, seinen Beitrag zum Siege zu leisten.“⁷⁴

Die Kirche bildete einen besonders wichtigen Integrationsfaktor, und zwar sowohl hinsichtlich der Gemeindeglieder als auch der zahlreichen aus dem Baltikum stammenden Pastoren. Die Geistlichkeit des Baltikums

69) Baltischer Beobachter 11 (1940), S. 79.

70) H. Bosse: Deutsche Aussaat, in: Ostland-Kalender 1941, S. 72—90, hier S. 72. Notiz vom August 1940; kein besonderer Anlaß zur Flaggenhissung.

71) Zu verweisen ist hier nur auf die Posener Ratsherren Sigurd Becker, Heinrich Fehre, Kurt von Hartmann und Alfred Intelmann, die alle auch Freiwillige der Baltischen Landeswehr gewesen waren.

72) Bosse, Deutsche Aussaat, S. 85.

73) Ebenda.

74) A. Frhr. v. Taube, E. Thomson: Die Deutsch-Balten. Schicksal und Erbe einer eigenständigen Stammesgemeinschaft, Lüneburg 1973, S. 68.

hat die Umsiedlungsaktion voll unterstützt, sei es aus der Einsicht in das Unvermeidliche, wie es sich aus der politischen Situation ergab, sei es aus der dem Protestantismus eigenen Gehorsamspflicht gegenüber dem Staat. Und dieser Staat war der deutsche, mit dem man sich seit Beginn des Ersten Weltkrieges in einer Schicksalsgemeinschaft wähnte. So hieß es in einer Predigt von Propst *Thomson* vom Oktober 1939: „Der Obrigkeit zu gehorchen, ist Gottes Befehl; darum folge ich dem Rufe des Führers.“⁷⁵ Wenn der Abschied aus der angestammten Heimat und der Verlust des Status einer Oberschicht auch schmerzen mochten, der Anspruch des nationalsozialistischen Deutschland auf Integration möglichst aller Deutschen in seinen Machtbereich wurde fast selbstverständlich respektiert. Das „Herrenmenschentum der Balten, das einst nur die reichsunmittelbare Abhängigkeit von der Person des Zaren anerkannte, das dann in der Person des Führers die völkische und politische Autorität bejahte“, hatte sich aus der Sicht der Kirche in einer neuen Aufgabe zu bewähren.⁷⁶ Daß es zwischen Kirche und Staat im „Warthegau“ nicht ohne erhebliche Konflikte abgehen sollte, ändert an der vorausgegangenen Feststellung nichts.⁷⁷ Die eigentlichen Schwierigkeiten für die Pastoren lagen im Reichsgau Wartheland weniger in der Zuweisung von Aufgaben und Pfarrstellen.⁷⁸ Das eigentliche Problem, das innerhalb der ansässigen Kirche zu Sorge Anlaß bot, bestand in der Tatsache, daß die Ansiedler lutherischen Bekenntnisses waren, während die einheimische deutsche Bevölkerung sich zur alt-preußischen Union zählte. Die Kirche des „Warthegaues“ zeigte sich von Anbeginn an entschlossen, ein Nebeneinander beider Kirchen zu verhindern, dafür aber den im Baltikum traditionell tief verwurzelten Besonderheiten kirchlichen Lebens nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.⁷⁹ So durften aus dem Baltikum stammende Pastoren, wie dort üblich, weiterhin im Hause taufen, konfirmieren und trauen, falls dies gewünscht wurde. Als schmerzlich empfanden die Deutschbalten hingegen, daß sie in den seltensten Fällen wieder von dem ihnen vertrauten Geistlichen betreut wurden. Fortan gehörten sie örtlich begrenzten Kirchengemeinden an, während sie in der Heimat eine auf die Person des Pfarrers orientierte Gemeinde gebildet hatten. Zu größeren Konflikten zwischen den beiden Bekenntnisrichtungen scheint es nicht gekommen zu sein, zumal die unierte Kirche des „Warthegaues“ ausgeprägte lutherische Züge trug und in ihren Gremien den deutschbaltischen Pastoren, wenn auch in bescheidener Zahl,

75) Zit. nach *H. Wittram*: Aufbruch ins Unbekannte. Orientierungsversuche und Stellungnahmen deutschbaltischer Geistlicher 1939—1945, in: *ZfO* 27 (1978), S. 616—640, hier S. 618.

76) Vortrag *Thomsons* vor der Provinzialversammlung des Rheinischen Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung am 14. 7. 1940; zit. nach *Wittram* (wie Anm. 75), S. 623 f.

77) Vgl. *W. Gerke*: Deutscher Nonkonformismus im Posener Land 1939—1945, in: *ZfO* 29 (1980), S. 385—402.

78) Vgl. dazu *Rhode* (wie Anm. 41), S. 71.

79) Vgl. Überlieferung als lebendiger Besitz. Zur Ankunft baltischer Gemeinden in Posen, in: *Junge Kirche* 8 (1940), S. 9—13.

Mitverantwortung überließ. Die antikirchlichen Maßnahmen des Gauleiters und der nationalsozialistischen Administration, die vor allen Dingen die materielle Existenz der Evangelischen Kirche bedrohten, förderten Zusammenschluß und Zusammenhalt und ließen Differenzen, wie sie in „normalen“ Zeiten möglicherweise offen ausgebrochen wären, nur unter-schwellig zu.⁸⁰

Die Integration der Akademiker stieß auf keine nennenswerten Schwierigkeiten, zumal es galt, eine völlig veränderte, d. h. im Blick auf die Intelligenz verbesserte Infrastruktur im „Warthegau“ zu schaffen. Angesichts der vielfältigen Aufgaben der Umwandlung des neuen Ostgebietes in einen vergleichbaren Altreichsgau fanden rund einhundert Architekten ebenso rasch Arbeit wie die etwa dreihundertvierzig Ingenieure und etwas über zweihundert Ärzte. Auch die meisten der dreihundertachtund-fünfzig umgesiedelten Apotheker erhielten eine neue Wirkungsstätte im „Warthegau“.

Die Übernahme von Akademikern in den öffentlichen Dienst setzte vielfach Engagement für die nationalsozialistische Sache und Bereitschaft zum Arrangement mit den nationalsozialistischen Machthabern voraus. Der „Warthegau“ stellte nämlich insofern ein gegenüber dem Altreich qualitativ verändertes Verwaltungsgebilde dar, als man hier konsequent die Verschmelzung von Partei und Staat in Form der Personalunion von Partei- und öffentlichen Ämtern betrieb (Gauleiter = Reichsstatthalter, Landrat = Kreisleiter, Bürgermeister = Ortsgruppenleiter usw.). Den aus dem Baltikum stammenden Juristen, von denen über einhundert in den Staatsdienst traten, verlangte man ein besonderes Bekenntnis zum nationalsozialistischen Regime ab. Denn der Justiz des „Warthegaues“ waren in viel stärkerem Maße als im Altreich politische Aufgaben zugewiesen, d. h. in Fragen des Volkstumskampfes, der Eliminierung alles Fremd-völkischen mußte sie wesentlich konsequenter vorgehen. Im Altreich verfügten zumindest die Richter innerhalb geltenden nationalsozialistischen Rechts über einen gewissen Ermessensspielraum, falls sie ihn ausschöpfen wollten, da betroffene Juden und Polen die deutsche Staatsbürger-schaft besaßen. Im „Warthegau“ wurden sie voll in die politische Pflicht genommen, sollten zum „machtvollen Instrument der politischen Führung“ werden.⁸¹ Nach Auffassung des Oberlandesgerichtspräsidenten von Posen, F r o b ö ß, fiel den Juristen die Aufgabe zu, „Mitstreiter im politischen Volkstumskampf und Vorkämpfer für die Verwirklichung der Einheit von Partei und Staat“ zu sein. Die NS-Machthaber schreckten in Anbetracht dieser Zielvorstellung nicht davor zurück, selbst geltendes Recht zu beugen bzw. zu mißachten. Im Vordergrund aller Rechtsprechung stand der Befehl Hitlers auf Eingliederung und Verschmelzung der Ostgebiete; an ihm hatten sich alle Rechtsnormen auszurichten. Daher durfte deut-

80) Vgl. Rhode (wie Anm. 41), S. 46—91. Vgl. auch H. Wittram: Aufbruch ins Unbekannte, in: ZfO 26 (1978), S. 616—640.

81) Ostdeutscher Beobachter, 25. 7. 1943.

sches Recht im „Warthegau“ „nur sinngemäß angewandt“ werden. Dieser Grundsatz fand seine gesetzliche Fixierung in Paragraph 4 der Ostrechtspflegeverordnung vom 25. September 1941, wonach der Richter dann „von positiven Vorschriften abweichen“ durfte, wenn die Interessen des Aufbaues der Ostgebiete es „erforderlich machten“. „Für den Richter kommt es darauf an, zwar nicht der politische Richter, wohl aber der politisch denkende Richter zu werden.“⁸² Staatssekretär Freisler bescheinigte rund ein Jahr nach der Annexion der Justiz eifrige Mitarbeit im Volkstumskampf und beim Aufbau der NSDAP und ihrer Gliederungen: „Es war ganz natürlich, daß die Männer der Rechtspflege von vornherein sich tätig in diese Arbeit mitten hinein stellten, und daß sie sich jedenfalls von keiner anderen Gruppe von Volksgenossen an Ernst und Eifer dabei übertreffen ließen.“⁸³

Wenn die Juristen aus dem Baltikum im „Warthegau“ auch freudig begrüßt und rasch in die Justiz eingegliedert wurden, so schloß dies doch nicht ein gewisses Mißtrauen aus, das man ihnen und ihrem Rechtsdenken, geprägt außerhalb des Deutschen Reiches, entgegenbrachte. Freisler ließ es sich deshalb nicht nehmen, „mit fast jedem der 125 baltendeutschen Rechtswahrer des Warthegaues selbst einzeln eingehend zu sprechen“, um sich ein Bild von dessen Anschauungen und Persönlichkeit zu verschaffen und um ihn auf seine neuen Aufgaben innerhalb des nationalsozialistischen Regimes einzuschwören.⁸⁴ Um die Juristen in das nationalsozialistische Rechtsdenken einzuführen, fanden bereits zu Beginn des Jahres 1940 erste Vortragsreihen und Kurse statt, die Freisler selbst durch ein Referat zum Thema „Recht und Richter im Großdeutschen Reich“ eröffnete. Jurastudenten aus dem Baltikum und jungen Rechtswahrern bot sich bereits Anfang Februar 1940 Gelegenheit zu mehrmonatigen Lehrgängen als Ersatz für ein ordentliches Rechtsstudium.⁸⁵ Die Fachzeitschrift „Deutsche Justiz“ versäumte es denn auch nicht, im Herbst dieses Jahres durch die Veröffentlichung von Erlebnisberichten deutschbaltischer Juristen im „Warthegau“ auf die gelungene ideologische Übernahme hinzuweisen: „War es bisher, völkisch gesehen, immer mehr und mehr die Aufgabe des baltendeutschen Rechtswahrers geworden, Schmälereien der Rechte der Volksgruppe und der Volksgenossen abzuwehren, so steht uns jetzt positive Aufbauarbeit im besten Sinne bevor — unsere ganze Kraft und Erfahrung dafür einzusetzen, daß in den rückgegliederten Ostgauen das neue deutsche Recht seinen Eingang findet und die Grundlage und Norm für blühendes Leben werde.“⁸⁶

82) Froboß: Zwei Jahre Justiz im Warthegau, in: Deutsches Recht 11 (1941), A, S. 303.

83) R. Freisler: Ein Jahr Aufbau der Rechtspflege im Reichsgau Wartheland, in: Deutsche Justiz 102 (1940), A, S. 1125—1130, hier S. 1127.

84) Ebenda, S. 1130.

85) Deutsche Justiz 102 (1940), A, S. 227—228.

86) Aus Erlebnisberichten baltendeutscher Rechtswahrer, in: Deutsche Justiz 102 (1940), A, S. 987—992, hier S. 992.

Augenfällig ist die offensichtlich reibungslose Integration der aus dem Baltikum stammenden Wissenschaftler in Lehre und Forschung der „Reichsuniversität“ Posen. Diese auf Initiative Hitlers gegründete Hochschule erhielt ihre besondere Prägung durch ihre Stellung als sogenannter geistiger Grenzwall gegenüber dem Osten. Dieser Umstand hatte, nach den Worten ihres ersten Rektors, des aus Stuttgart berufenen Agrarwissenschaftlers P. Carstens, „zur Folge, daß sie ihre Bewertung und Rangordnung auch einzig und allein nach ihrem nationalsozialistischen Aufbau und ihrer nationalsozialistischen Ausrichtung, Haltung und Arbeitsweise“ erfuhr.⁸⁷ Demzufolge zeichnete sich die neue Universität durch Lehrstühle aus, die an den Hochschulen des Altreiches nicht angesiedelt waren. Zu nennen sind die Lehrstühle für Rassenpolitik und für Geschichte und Sprache des Judentums, Institute, die „erstmalig die Möglichkeit der Führung einer praktischen Rassenpolitik“ boten und darüber hinaus „unter den jungen Geistesträgern der Nation das jüdische Problem in seiner Gefahrenstellung immer wach zu erhalten“ sich bestrebt zeigten, „damit bei dem Schwinden des Judentums aus den Reichsgebieten keine Abstumpfung in der Abwehr eintritt“.⁸⁸ Eine solche Aufgabenstellung verpflichtete Studenten und Dozenten gleichermaßen. Die aus dem Baltikum stammenden Hochschulwürter waren bereits vielfach mit dem Nationalsozialismus in Berührung gekommen, hatten nicht selten mit der sogenannten „Bewegung“ sympathisiert, deren Zuzug sich weitgehend aus der jüngeren Generation rekrutierte. So nahm sich denn die nationalsozialistische Studentenführung dieser zukünftigen Akademiker besonders an, verpflichtete sie auf ihre volkstumpspolitische Aufgabe und zeichnete sie und einige „Alte Herren“ für erbrachte Vorleistungen und Leistungen während der Umsiedlung öffentlich aus.⁸⁹ Als die Mitglieder der baltischen Korporationen seit Dezember 1940 durch individuellen Antrag für die Aufnahme in den NS-Altherrenbund optieren konnten, suchten gleich acht Verbindungen um geschlossene Aufnahme in die NSDAP-Organisation im Rahmen des von Harald Siewert geleiteten Hochschulringes der Reichsuniversität Posen nach.

87) P. Carstens: Die Reichsuniversität Posen, ihr Arbeitsgebiet, ihre Aufgabe in völkisch-politischer Hinsicht, in: Nationalsozialistische Monatshefte 13 (1942), S. 807—810, hier S. 808.

88) R. Schimig: Reichsuniversität Posen, in: Der Deutsche Osten 4 (1941), S. 203—205, hier S. 204.

89) „Anlässlich seines Posener Aufenthaltes verlieh Reichsstudentenführer SS-Oberführer Dr. Scheel das Ehrenzeichen der NSDStB. dem Gauleiter und Reichsstatthalter Arthur Greiser und folgenden im Deutschtumskampf besonders bewährten volks- und baltendeutschen Studenten und ehemaligen Studenten: Standartenführer Dr. Erhard Kröger, Gero v. Gersdorff, Ludwig Wolff, Senator Wiesner, Dr. Kohnert, Mag. Herbert Gorgon, Alfred Kurzydem, Reinhard Flosky, Georg Hezchert, Friedrich Papke, Oskar Drozd, Jörn Weise, Hans Nepilly, Dr. Herbert Will, Friedrich Weiß, Andreas v. Koskull, Otto v. Fircks, Hans B. Kügler, Hubert v. d. Osten-Sacken, Walfried Freudenfeld, Heinz Hach, Hans-Jürgen Brasche, Dr. Harry Sturm, Boris Meißner und Mag. Editha Warmbier.“ Baltischer Beobachter 11 (1940), S. 58.

Von dem Hochschullehrer aus dem Baltikum erwartete und erhielt man in der Regel verbales und tätiges Bekenntnis zu den politisch vorformulierten Zielsetzungen der Universität. Er sollte „nicht nur Wissenschaftler sein, sondern vor allem auch im Volkstumskampf seinen Mann stehen können“.⁹⁰ Die aus dem Baltikum ausgesiedelten Wissenschaftler brachten aus nationalsozialistischer Sicht die Erfahrungen eines 700jährigen Kampfes gegen Fremdvölkische mit und galten daher als für die neue Hochschule besonders geeignet. In den aus Estland und Lettland stammenden Ansiedlern währte man nicht nur tatkräftige Menschen an sich, die zuzupacken verstanden. „Mit den Baltendeutschen soll ein geistiger Kräftezug in die neuen Ostgebiete des Reiches gelenkt werden.“⁹¹ Und in der Tat ließen sich deutschbaltische Wissenschaftler relativ problemlos in den Lehrkörper integrieren, nachdem sich viele von ihnen in Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus, seiner Rassen- und Raumpolitik im Osten erklärt hatten — sei es aus dem verständlichen Wunsch heraus, sich und der Familie eine neue Lebensgrundlage zu schaffen, sei es aus politischer Überzeugung. Immerhin hatten sich im Jahre 1940 21 Wissenschaftler aus den baltischen Staaten als Mitglieder beim NSD-Dozentenbund einschreiben lassen.⁹²

Die seitens des nationalsozialistischen Regimes in die deutschbaltischen Wissenschaftler gesetzten Erwartungen waren hoch gesteckt, und es scheint in seinen Hoffnungen nicht enttäuscht worden zu sein. In einem Vortrag vor renommierten Zuhörern im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel sparte Gauleiter Greiser denn auch nicht mit Lob: „Die Reichsuniversität, die erste wirklich nationalsozialistische Universitätsgründung, hätte kein Fundament, wenn die Gelehrten aus Riga, Dorpat usw. nicht zu uns gekommen wären. Sie tragen denselben Geist des politischen und völkischen Kämpfertums, den sie in der Diaspora jahrhundertlang verkörperten, auch wieder in den Volkstumskampf hinein — gerade meine Professoren und Studenten. Ich bin glücklich darüber, und mit mir sind es alle, die an der Universität zu tun haben. . . . Es gibt keinen Professor, der nicht mit uns zusammen irgendwie im Volkstumskampf stünde und sich darin nicht persönlich und innerlich glücklich fühlte. Es ist eine lohnende Aufgabe, die Wissenschaft in den Dienst des völkischen Kampfes zu stellen und dem Lehrer ebenso wie dem Studenten neue Begriffe für seine Ausbildung zu vermitteln.“⁹³

90) H. Streit: Die Reichsuniversität Posen, in: Deutschlands Erneuerung 13 (1941), S. 313—322, hier S. 321.

91) W. Hasselblatt: Einsatz der Baltendeutschen, in: Nation und Staat 13 (1939/40), S. 43—53, hier S. 43. Von rund 80 Wissenschaftlern waren vor Gründung der Universität Posen 45 durch das Reichsmisterium für Erziehung und Bildung überwiegend ins Altreich übernommen. Jahresbericht des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, 9. Juli 1940; BA, R 43/II.

92) Vgl. Streit, S. 321.

93) A. Greiser: Der Aufbau im Osten, Jena 1942, S. 15/16.

Paradigmatisch — wenngleich sicher nicht auf alle anwendbar — für das Verhalten deutschbaltischer Wissenschaftler unter den Ansiedlern und für deren Verständnis von den übernommenen Aufgaben der Reichsuniversität Posen mag sein, was Reinhard Witttram im Jahr 1940 im Vorwort seiner Schrift „Livland. Schicksal und Erbe der baltischen Deutschen“ geschrieben hat: „Daß wir geschlossen zu neuer deutscher Ostarbeit berufen wurden, empfinden wir als ein tiefes Glück. . . . Was für den Lebenskampf Deutschlands nicht tauglich ist, soll vergehen. Was ihm dienen kann, wird sich bewähren.“⁹⁴

Bekanntlich hat sich der Autor später sehr selbstkritisch mit seinem Verhältnis zum Nationalsozialismus auseinandergesetzt, auch einige Zeilen über das hier zitierte Buch hinterlassen. Sie zeigen ihn wie seine deutschbaltischen Landsleute im Spannungsfeld von Faszination und Verkennung zum nationalsozialistischen Regime, das sich nicht zuletzt aus der spezifischen politischen und persönlichen Situation der deutschen Bewohner Lettlands und Estlands erklärt: „Die Schrift ‚Livland‘ ist geschrieben aus dem Bedürfnis, für die umgesiedelte baltisch-deutsche Volksgruppe ein politisches Alibi zu schaffen. Mit Erstaunen hatten wir schon bei der Umsiedlung gemerkt, daß man uns nicht ‚für voll‘ nahm, sondern eine Umerzählung der Jungen und Alten für erforderlich hielt. Demgegenüber sollte gezeigt werden, daß wir nicht mehr eine von ständischen Vorurteilen befangene altertümliche ‚Gesellschaft‘ waren, sondern bereit und fähig, uns der neuen Volksgemeinschaft einzugliedern. Der Begriff ‚nationalsozialistisch‘, den ich für die in Lettland und Estland vollzogene Umwandlung des baltischen Deutschtums in Anspruch nahm, ist gutgläubig gebraucht für etwas, was sich uns Außendeutschen ganz anders darstellte, als es wirklich war. Für uns reduzierte es sich auf ein Leben im Kampf und Opfer fürs Volkstum; der Nationalsozialismus versprach diese uns vertrauten Forderungen zum Gemeingut zu machen, indem er sie mit weltanschaulicher Begründung, mit sittlicher Wucht an jeden einzelnen herantrug. Dies schien uns die Wurzel der deutschen Revolution zu sein. Die entscheidende nationalsozialistische Prüfung schien uns jeder bestanden zu haben, der sein Volkstum im Kampf zu behaupten fähig war. Die völlige Verkennung dessen, was der Nationalsozialismus war und was hinter ihm stand, ist der fundamentale Irrtum des Buches.“⁹⁵

Gerade aber der Volkstumskampf, unter Einschluß der Anwendung von Waffengewalt, der Vernichtung Andersrassischer machte einen Hauptpunkt des nationalsozialistischen Programmes aus und verlieh der nationalsozialistischen Herrschaft den Charakter des Verbrecherischen. Dieser Politik, die der Universität Posen zur Richtschnur diente, haben deutschbaltische Wissenschaftler — sie hinterfragend oder nicht — Vorschub gelei-

94) R. Witttram: Livland. Schicksal und Erbe der baltischen Deutschen, Berlin 1940, S. 9.

95) Handschriftliche Notiz Witttrams, freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Frau Ilse Witttram.

stet. Dies kommt nicht zuletzt zum Ausdruck in der Rede, die Wittram als Vertreter der umgesiedelten Wissenschaftler anlässlich der Gründungsfeier der Hochschule gehalten hat, in der er ausführte: „Indem wir uns mit heißem Herzen zu dieser ewigen großdeutschen Waffenbrüderschaft bekennen, erfüllt uns das Gefühl tiefer Dankbarkeit: Wir dürfen uns wieder einreihen in die Kameradschaft derer, die auf vorgeschobener Wacht für Großdeutschland stehen, wir dürfen das Feuer hüten helfen, das aus Nacht und Dämmerung in den großen germanischen Morgen brennen soll. Daß wir uns dessen würdig erweisen wollen, sei unser Gelöbnis in dieser feierlichen Stunde. Und so bleibt unser Blick auf den Führer gerichtet, dem wir allezeit verschrieben haben alle Güter unseres Wissens, unseren ganzen Arbeitswillen und unser ganzes Herz.“⁹⁶

Dieses positive Verständnis des Nationalsozialismus hegten sicher nicht alle deutschbaltischen Ansiedler, aber auch nicht wenige. In ihrer Billigung nationalsozialistischer Ostpolitik und in deren Unterstützung trafen sie sich mit den Reichsdeutschen, bei denen vor allem zahlreiche Historiker, auffällig viele Volkskundler und Geographen das hohe Lied vom Kampf im Osten sangen. Wenn man vom „Drang nach Osten“ sprechen will, hier wurde er manifest.⁹⁷ In Hitlers „Mein Kampf“ formulierter ideologischer Wahn schien realisierbar, Visionen schienen Wirklichkeit geworden. Viele Deutschbalten haben die Umsiedlung, die Eingliederung der neuen Ostgebiete in das Reich, darüber hinaus den Expansionsdrang im Zuge des Feldzuges gegen die UdSSR in ihrem ideologischen und machtpolitischen Stellenwert begriffen und für historisch konsequent empfunden. Die Übereinstimmung eines Großteils der deutschbaltischen Intelligenz in Sachen Ostpolitik mit der reichsdeutschen ist evident: „Während unsere Soldaten noch in schweren Kämpfen stehen, mitten im Kriege, ist unser Volk überall im Osten an die Arbeit gegangen, um seinen geschichtlichen Auftrag zu erfüllen. Es ist ein Auftrag, dem in der bisherigen Geschichte Europas nichts an die Seite zu stellen ist. Er umfaßt die alten Randgebiete des Reiches und reicht weit über sie hinaus, er ist so groß, daß unser Volk darin die Erfüllung jener geschichtlichen Verheißungen finden wird, die aus der wechselvollen Tragik seiner Ostgeschichte hervorleuchten.“⁹⁸

96) Rede Wittrams für die aus dem Ausland an die Reichsuniversität Posen rückgeführten deutschen Wissenschaftler, in: Die Gründung der Reichsuniversität Posen. Am Geburtstag des Führers 1941. Reden bei dem Staatsakt zur Eröffnung am 27. April 1941, Posen 1942, S. 65—67, hier S. 67.

97) W. Wippermann: Der ‚Deutsche Drang nach Osten‘. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes, Darmstadt 1981, S. 104—116.

98) R. Wittram: Rückkehr ins Reich. Vorträge und Aufsätze aus den Jahren 1939/1940, Posen 1942, S. 6. Zur Haltung der Reichsdeutschen bezgl. der annexionistischen Ostpolitik des Dritten Reiches, speziell gegenüber dem „Warthegau“, vgl. H.-E. Volkmann: Zwischen Ideologie und Pragmatismus. Zur Nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik im Reichsgau Wartheland, in: Ostmitteleuropa. Berichte und Forschungen, hrsg. von U. Haustein, G. W. Strobel, G. Wagner, Stuttgart 1981, S. 422—441.

Sicherlich haben viele Deutschbalten mit dem Rußlandfeldzug die Hoffnung verbunden, nach dessen siegreichem Abschluß wieder in die angestammte Heimat zurückkehren zu können. Solchen Erwartungen wurde seitens der nationalsozialistischen Machthaber sehr rasch und unmißverständlich der Boden entzogen. Die Territorien der ehemals baltischen Staaten besaßen nämlich im ideologisch-politischen Kalkül nationalsozialistischer Expansionspolitik einen gegenüber dem „Warthegau“ völlig anderen volkstumsmäßigen Stellenwert.

Für den Historiker bleibt die erschreckende Feststellung, in welchem hohem Maße reichs- und volksdeutsche Kreise in das Unrechtssystem des nationalsozialistischen Regimes verstrickt waren, es aus traditionellem machtpolitischen Politikverständnis heraus gebilligt haben, ja wie mangelhaft Unrechtsbewußtsein in den Fragen der Ostpolitik und bezüglich des Schicksals der slawischen Völker und der Juden entwickelt war.

Summary

On the Settlement of the German-Balts in the "Warthegau"

The settlement of the German-Balts in the *Warthegau* during the Second World War is of interest to the historian in a double sense. On the one hand it offers the last possibility to record once again a relatively closed national minority as a group before its re-assimilation in Germany. Therefore it is a topic dealing with the last chapter of German-Baltic history. On the other hand the treatise is meant to be a contribution to the Eastern annexation policy of the Third Reich. With regard to both aspects it is shown, under which requirements, own expectations and achievements, as well as under the special realities of the National Socialist regime the integration into a territory being attached to the German Reich by the course of the war was taking place. Therefore not only the material circumstances met by the evacuees, but in addition also the ideological conditions, which the Third Reich wanted to be complied with in the 'Warthegau' have to be taken into account. The new *Gau* of the Reich — as regards its economic structure — was supposed to become a granary important for the supply of the *Altreich*. Moreover, because of the National Socialist racial theory, the people settled here were supposed to form a human boundary-wall against the Slavic peoples and at the same time to become a germ-cell of the blood renewal of the German people. In addition the annexed territory was supposed to be an experimental field, where they intended to perform a systematic alteration in all spheres of life according to National Socialist conceptions of nationality and spatial arrangement, in order to avoid rural exodus and the negative results of urbanization. Thus the treatise describes the settlement of the German-Balts in the discrepancy of ideological demands as well as necessities and possibilities resulting from the war.